

Digitale Identitäten - Identitätsbildung im Internet und deren Auswirkung auf politische Partizipation

Fuhrmann, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fuhrmann, M. (2012). *Digitale Identitäten - Identitätsbildung im Internet und deren Auswirkung auf politische Partizipation*. (Working Papers kultur- und techniksoziologische Studien, 04/2012). Duisburg: Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, Fak. für Gesellschaftswissenschaften, Institut für Soziologie. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-409403>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



**KULTUR- UND
TECHNIKSOZIOLOGISCHE STUDIEN**

no 04/2012





**Working Papers
kultur- und techniksoziologische Studien**

<http://www.uni-due.de/wpkts>
no 04/2012

Herausgeber:
Diego Compagna, Stefan Derpmann
Layout:
Vera Keyzers

Kontaktadresse:
Universität Duisburg-Essen
Institut für Soziologie
Diego Compagna
diego.compagna@uni-duisburg-essen.de

Ein Verzeichnis aller Beiträge befindet sich hier:
<http://www.uni-due.de/wpkts>

ISSN 1866-3877
(Working Papers kultur- und techniksoziologische Studien)

Working Papers kultur- und techniksoziologische Studien - Copyright

This online working paper may be cited or briefly quoted in line with the usual academic conventions. You may also download them for your own personal use. This paper must not be published elsewhere (e.g. to mailing lists, bulletin boards etc.) without the author's explicit permission.

Please note that if you copy this paper you must:

- include this copyright note
- not use the paper for commercial purposes or gain in any way

You should observe the conventions of academic citation in a version of the following form:

Autor (Year): Title. In: Working Papers kultur- und techniksoziologische Studien (no xx/Jahr). Eds.: Diego Compagna / Stefan Derpmann, University Duisburg-Essen, Germany, at: <http://www.uni-due.de/wpkts>

Working Papers kultur- und techniksoziologische Studien - Copyright

Das vorliegende Working Paper kann entsprechend der üblichen akademischen Regeln zitiert werden. Es kann für den persönlichen Gebrauch auch lokal gespeichert werden. Es darf nicht anderweitig publiziert oder verteilt werden (z.B. in Mailinglisten) ohne die ausdrückliche Erlaubnis des/der Autors/in.

Sollte dieses Paper ausgedruckt oder kopiert werden:

- Müssen diese Copyright Informationen enthalten sein
- Darf es nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden

Es sollten die allgemein üblichen Zitationsregeln befolgt werden, bspw. in dieser oder einer ähnlichen Form:

Autor/in (Jahr): Titel. Working Papers kultur- und techniksoziologische Studien (no xx/Jahr). Hrsg.: Diego Compagna / Stefan Derpmann, Universität Duisburg-Essen, Deutschland, in: <http://www.uni-due.de/wpkts>

Vorwort

In der Reihe "Working Papers kultur- und techniksoziologische Studien" (WPktS) soll einerseits Nachwuchswissenschaftler_innen, die eine sehr gute Seminar- oder Abschlussarbeit in einem vornehmlich kultur- *und* techniksoziologischen Rahmen verortet haben, die Möglichkeit gegeben werden diese in Form eines Aufsatzes einer breiteren wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Andererseits soll die Reihe aber auch als Plattform für den inhaltlichen Austausch mit Kolleg_innen dienen und steht insofern auch (Nachwuchs-)Wissenschaftler_innen anderer Universitäten und Instituten für die Veröffentlichung ihrer Arbeiten offen.

Eine soziologische Betrachtung von Technik zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass das Bedingungsverhältnis zwischen den technischen Artefakten und den sozialen Kontexten, in die jene eingebettet sind, als ein interdependentes - zu beiden Seiten hin gleichermaßen konstitutives - angesehen wird. Diesem Wesenszug soziologischer Perspektiven auf Technik trägt der Titel dieser Reihe Rechnung, insofern von einer kulturellen Einfärbung von Technik sowie - vice versa - eines Abfärbens von technikhärenten Merkmalen auf das Soziale auszugehen ist. Darüber hinaus schieben sich zwischen den vielfältigen Kontexten der Forschung, Entwicklung, Herstellung, Gewährleistung und Nutzung zusätzliche Unschärfen ein, die den unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Orientierungen dieser Kontexte geschuldet sind: In einer hochgradig ausdifferenzierten Gesellschaft ist das Verhältnis von Sozialem und Technik von je spezifischen Ent- und Rückbettungsdynamiken gekennzeichnet. Die vorliegende Working Paper Reihe möchte mit jeder Ausgabe einen kleinen Beitrag zur Klärung dieses verschlungenen Verhältnisses leisten.

Die Reihe WPktS erscheint seit 2008; jede Ausgabe kann Online (<http://www.uni-due.de/wppts>) als PDF-Dokument abgerufen werden.

Die Herausgeber

Köln und Essen, im Januar 2012

Digitale Identitäten – Identitätsbildung im Internet und deren Auswirkung auf politische Partizipation

Martin Fuhrmann

M.A. Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung / martinfuhrmann@arcor.de

Keywords

Digitale Identitäten, Deliberative Demokratie, Politische Partizipation

Abstract

Die Verbreitung des Internets und die digitale Durchdringung aller Lebensbereiche hat Einfluss auf die Identitätsbildung von Individuen und Gruppen. Dabei spielt die Einführung von digitalen Authentifizierungsmechanismen und -karten wie der neue digitale Personalausweis (nPA) eine zunehmend wichtige Rolle. Dies kann ebenfalls die politische Partizipationsbereitschaft des Bürgers tangieren. Partizipation als Teilhabe am inhaltlichen Diskurs auf Bundesebene in Deutschland benötigt dabei Beteiligungsangebote der Parteien, welche den Bürger mit einbindet. Elektronische digitale Authentifikationsmechanismen könnten dabei politischen Aussagen der Bürger mehr Gewicht und damit Legitimität verleihen oder auch die Partizipation durch Bedrohungen im Datenschutz behindern. Im Ergebnis ist eine inhaltliche Partizipation des Bürgers über das Internet bei den Parteien bisher nur selten möglich, ein Diskurs über die Nutzung von authentifizierten elektronischen Beteiligungsverfahren wie dem nPA ist bei den meisten Parteien noch nicht feststellbar.

1 Einleitung

Mit dem Aufkommen und der Verbreitung des Internets ist eine neue Ära in der menschlichen Kommunikation entstanden. Dies beinhaltet die Hoffnung auf mehr politische Beteiligung des Volkes am politischen Diskurs und daraus folgernd die Veränderung der repräsentativen Demokratie. Das Internet bietet dabei Plattformen, um unkompliziert eine Fülle an Informationen der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und eröffnet dadurch unter anderem die Chance auf transparentes Regierungshandeln. Politische Akteure können dabei leichter mit den Bürgern in Kontakt treten und deren Meinungen, Interessen und Wünsche erfahren, ohne interessensgeleitete Vorfilterung durch zum Beispiel Zeitungen, Meinungsforschungsinstitute oder Lobbygruppen. Dabei ist ebenfalls die Verbreitung eigener Meinungen für den Bürger unter Zuhilfenahme des Netzes ungleich einfacher geworden. Der politisch aktive Bürger bloggt und beteiligt sich an Zukunftsdialogen und anderen Angeboten der Parteien und staatlicher Organisation. Neben journalistischen Informationsangeboten und der Meinungsbildung über digitale Medien werden unter anderem wirtschaftliche Geschäftsprozesse im eBusiness und auch

staatliche Administrationsprozesse im eGovernment im Netz abgebildet. Ebenfalls ist der moderne Mensch (zumindest in den industriell entwickelten Teilen der Erde) auch in seinem Privatleben online und bildet sein soziales Leben in Chats unter anderem in sozialen Netzwerken ab. In einer zunehmenden globalisierten Welt treten auch Medienphänomene auf, welche Politik beeinflussen können. Das Internet wird, wie in den arabischen Revolutionen in Ägypten und Libyen 2011, ein Informationskanal, welcher in der Lage ist staatliche Kontrolle und Zensur zu umgehen und genutzt wird, um medialen und politischen Druck aufzubauen. Das Internet ist dabei aber mehr als ein Werkzeug. Es wirkt auch durch seine Dynamiken auf die Gesellschaft und damit auf den Bürger und dessen Identität zurück.

Unsere Identität bestimmt und beschreibt, wer wir sind. Es sind unser Lebensumstände, die sie mitformen und auch beschreiben, woher wir stammen und wo unsere Wurzeln liegen. Teile unserer Identität oder bestimmte Merkmale wie das Aussehen scheinen dabei festzustehen oder sich nur langsam im Laufe des Lebens zu verändern. Andere wiederum wechseln mit unseren Rollen, welche wir in verschiedenen Kontexten einnehmen. So sind wir in unseren Familien Kinder unserer Eltern und später im Leben selber Väter oder Mütter. Als Staatsbürger haben wir in der Regel eine feste Zugehörigkeit zu einem Verwaltungsgebiet. Dennoch können wir in einer Gesellschaft vom jeweiligen Standpunkt aus betrachtet das Eine oder auch das Andere sein, zum Beispiel Einheimischer oder Zugereister. Die Selbst und Fremdwahrnehmung kann dabei auch differieren, wenn ein in Deutschland geborener Staatsbürger mit Migrationsintergrund, welcher sich Deutschland zugehörig fühlt, aufgrund seiner Hautfarbe als Ausländer tituliert wird.

Neben individueller Identität gibt es auch kollektive Identitäten mit Merkmalen, über welche sich Personen als Teil einer Gruppe identifizieren. Kollektive Identitäten befördern dabei ein Zugehörigkeitsgefühl und integrieren die Individuen in die Gesellschaft. Unsere individuellen und kollektiven Identitäten haben demnach einen immensen Einfluss auf gesellschaftliche Strukturen. Diese wiederum sind Grundlage der politischen Kultur eines Landes und prägen damit „Meinungen, Einstellungen und Werthaltungen der Bevölkerung gegenüber dem politischen System“ (Dornheim / Greiffenhagen 2003: 21; vgl. Greiffenhagen / Greiffenhagen 2002: 387 – 401).

Mit der Nutzung des Cyberspace auch für soziale Handlungen und der digitalen Durchdringung aller Lebensbereiche wird Digitalität zu einer Dimension, die Individuen und auch Kollektive (ob bewusst oder unbewusst) beeinflusst. Da sich viele vormals analoge Aktivitäten ins Internet verlagern, entstehen dadurch neue Herausforderungen für menschliche Interaktion. Dies schließt die Notwendigkeit ein sich digital rechtlich verbindlich und zweifelsfrei authentifizieren zu können. Dabei kommen durch den interaktiven Charakter des Internets auch identitätsbildende Elemente hinzu. Auf Webseiten, Chats und vor allem in sozialen Netzwerken findet gegenüber Freunden und Bekannten, Arbeitskollegen und Fremden eine Repräsentation der eigenen Merkmale und dabei auch Ausdifferenzierung der Identität statt. Ausgewählte Aspekte der eigenen Persönlichkeit wie Vorlieben, beruflicher Werdegang und persönliche Fotos erschaffen selektiv eine Onlinepersönlichkeit. Der Mensch kann sich so darstellen wie er ist, wie er sein möchte und dabei auch Unliebsames unerwähnt lassen. Eine Person kann dabei auch eine andere Identität annehmen oder neue Identitäten kreieren. Dabei muss Identität auch immer von anderen wahrgenommen werden. Der Nutzer hat dabei aber seine Außendarstellung nicht exklusiv in der Hand. In der Anonymität des Netzes können sich Meinungen, (Un-)Wahrheiten und Gerüchte im Stile einer stillen Post verbreiten. Durch Weitererzählen, Deutung und Informationsauswahl können sich dabei Charakter und Merkmale von Information verändern. Hinzu kommen der nicht gesicherte alleinige Besitz der eigenen Daten und deren Kontrolle, wer wann, in welchem Zusammenhang darauf zugreift. Der Datenschutz ist dabei fragil. Einmal im Netz ist es nahezu unmöglich eine Information wieder einzufangen. Neben dieser sozialen Komponente werden benutzerbezogene Daten auch in vielen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erzeugt. Neben den Datensammlungen der Behörden besitzen zum Beispiel (Kranken-) Versicherer Datenbestände über (fast) alle Menschen in Deutschland. Diese Informationen, welche bisher überall separat verteilt liegen, werden nun teilweise durch die Einführung elektronischer Verfahren wie die neue elektronische Gesundheitskarte (eGK) und den neuen elektronischen Personalausweis (nPA) in elektronischen Systemen beziehungsweise Datenbanken zentralisiert. Da diese Systeme (noch) nicht komplett vernetzt sind und es keine staatliche Zentraldatenbank gibt, die alle Informationen erfasst und der Netzbürger sich auf diversen Plattformen bewegt, kann nicht nur von einer einzelnen, sondern muss von verschiedenen (Online-) Identitäten

einer Person gesprochen werden. Daraus ergeben sich diverse Anforderungen. Neben Datenschutzfragen dieser Onlinewelt stellt sich auch die Frage des Systemein- und austritts. Menschen, die bisher keine IKT (Informations- und Kommunikationstechnologien) nutzen, haben keinen Zugang zu den Vorteilen dieser Digitalisierung. Dabei entstehen soziale Ungleichheiten und eine Form der digitalen Spaltung von Gesellschaftsteilen. Hinzu kommt die Erzeugung, Weitergabe und fremdbestimmte Nutzen der Daten von anderen Akteuren, ohne dass der Nutzer dem (bewusst) zugestimmt hat oder ihm die Existenz dieser Daten überhaupt bekannt ist.

Dieses Paper setzt sich nachfolgend mit der Idee auseinander, dass die Ausdifferenzierung von digitalen Identitäten im Internet zu mehr elektronischer politischer Partizipation des Bürgers bei den politischen Parteien führen könnte. Durch die Einführung neuer Technologien zur Identifikation und Authentifizierung von Personen über das Internet in Deutschland, wie dem neuen Personalausweis, wird dabei eine zweifelsfreie Identifizierbarkeit von Personen möglich und damit auch eine stärkere Legitimation von (Online-) Partizipation, da politische Willensbekundungen auf den Bürger zurechenbar werden. Die verschiedenen Prozesse in und um das Internet wirken sich dabei auf die Beschaffenheit der digitalen (Teil-)Identitäten und dabei auf die Partizipationsbereitschaft des Bürgers aus. Im gesellschaftlichen Bezug der Einführung von staatlichen elektronischen Identitäten stehen im Fokus dieses Textes die Partizipationschancen des Bürgers am inhaltlichen politischen Diskurs. Der politische Diskurs, so die grundlegende Annahme, wird in Deutschland in der Regel von gesellschaftlichen Eliten, unter anderem Parteienpolitikern, Journalisten, Wirtschaftslenkern und Topjuristen in der Mediendemokratie geprägt. Hinter den meisten dieser in der Öffentlichkeit agierenden Individuen stehen Organisationen, welche die Inhalte mitdefinieren oder sogar bestimmen. Dem Bürger steht neben den Wahlen nur die politische Partizipation über bestimmte explizit politische Organisationen offen. Zu diesen Organisationen zählen unter anderem bestimmte Teilorganisationen des Staates, zum Beispiel das Parlament und dessen Petitionsausschuss oder auch Nichtregierungsorganisationen und deren Onlinepetitionen. Die einflussreichsten Organisationen auf bundespolitischer Ebene sind die Parteien, welche als Akteure in Regierung und Opposition als Vermittler politischer Inhalte dienen. Während Mitbestimmung der politischen Inhalte in den Parteien bisher an Mitgliedschaft gebunden war und örtliche Anwe-

senheit erforderte, eröffnet das Internet auch Nichtmitgliedern (Online-) Partizipationschancen. Im Sinne der deliberativen Demokratie nach Jürgen Habermas wird angenommen, dass echte Mitbestimmung nur durch Teilnahme am politischen Diskurs möglich ist und das nur, wenn sich das bessere Argument herrschaftsfrei durchsetzen kann. Es wird angenommen, dass Machtinteressen der Parteien einer Mitbestimmung im Netz entgegenstehen können und deshalb die Angebote an den Bürger nicht das volle Potential, welches das Medium Internet bietet, ausreizen. Die Einführung elektronischer Identifizierungsverfahren kann dabei ebenfalls eine digitale Spaltung hervorrufen und Teile der deutschen Bevölkerung exkludieren.

Bisher besitzt Onlinepartizipation in der politischen Wahrnehmung kein großes Gewicht. Dies hängt unter anderem mit der Offenheit des Internets, der fehlenden Zurechenbarkeit von Aussagen und der damit verbundenen Beliebigkeit zusammen. Zusätzlich werden mit der Forderung nach Mitbestimmung Machtinteressen des politischen Establishments tangiert. Onlinepartizipation besitzt daher keine starke Legitimationskraft und Einfluss auf die etablierte Politik. Mit dem nPA oder anderen rechtsverbindlichen technischen Hilfsmitteln zur eindeutigen Identifikation kann eine politische Aussage im Internet mit einer Person untrennbar verbunden werden und so Bürgerwillen Ausdruck verleihen.

- Könnte die Ausdifferenzierung von digitalen Identitäten zu mehr Online-Partizipation führen?
- Könnte die Nutzung von rechtsverbindlichen Authentifizierungsverfahren wie der neue Personalausweis zu mehr Legitimation der Willensbekundungen der Netzbürger führen?

Da das Internet im politischen Bereich neue Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen scheint, stellt sich die Frage, wie die Bundesparteien als Vermittler politischer Inhalte auf den partizipationswilligen Bürger im Netz reagieren. Dabei ist für dieses Paper interessant, ob es Verfahren oder Prozeduren innerhalb der Parteien gibt, welche die Online-Meinungen als Input in die Parteien einführen und ob die Parteien Online-Mitmachangebote anbieten, welche auch Nichtmitglieder mit einbinden.

2 Theorierahmen

Mit der fortschreitenden Globalisierung und der weltweiten Verbreitung von digitalen Kommunikations-Technologien und ihrer Durchdringung nahezu aller Lebensbereiche hat ein neues Zeitalter begonnen. Die moderne Form des Zusammenlebens differenziert sich zu einer primär funktional differenzierten Weltgesellschaft (vgl. Stichweh 2000: 88). Diese Gesellschaftsform zeichnet sich durch eine globale Vernetzung aus und umfasst alle weltweit erreichbare Kommunikation. Ein Ereignis wie der Tod der Prinzessin Diana 1997 in Paris ist ein Medienphänomen globalen Ausmaßes (vgl. Wobbe 2000: 5). Während der Tod der englischen Prinzessin die Menschen weltweit lediglich emotional bewegte, hatte beispielsweise der Atomunfall im japanischen Fukushima im März 2011 zusätzlich weitreichende politische Auswirkungen. Die Berichterstattung in den Medien beeinflusste die Politik der Bundesrepublik Deutschland und bewirkte den endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft. Diese zwei Ereignisse machen deutlich, dass die Weltgesellschaft aus globalen Interaktionen in Form von Kommunikation besteht und Medienphänomene nicht an nationalen Landesgrenzen Halt machen.

Die Nutzung und Verbreitung von digitalen Technologien spielt dabei eine gewichtige Rolle. Im Sinne von Daniel Bell entwickelt sich die Industriegesellschaft in eine nachindustrielle Gesellschaft. In dieser Informations- und Wissensgesellschaft werden Informationen und wissensbasierte Dienstleistungen in der Wirtschaft verstärkt nachgefragt, während die Bedeutung des Produktionssektors abnimmt. Theoretisches Wissen wird dabei zum neuen „axialen Prinzip“, da die meisten Arbeitsplätze der Zukunft im Dienstleistungssektor, im Handel, Finanz- und Versicherungswesen anzutreffen sein werden (Zillien 2006: 42f; vgl. Bell 1976: 32). Dabei wird auch ein Mehr an „Planung, Kontrolle und Prognose“ notwendig (ebd.: 43), da die Komplexität in dieser Wissensgesellschaft steigt. Bildung und Informationen werden dabei zu einem entscheidenden Faktor, da zum Beispiel Tätigkeiten an den Devisen-, Finanz- und Kapitalmärkten Wissen anstatt körperlicher Arbeitskraft erfordern (ebd.: 43; vgl. Giddens 1979: 318; vgl. Bell 1976: 32). Dabei muss zwischen Wissen und Information unterschieden werden. Wissen setzt die Fähigkeit des Verarbeitens und Filterns von Informationen voraus. Da also ein Verarbeitungsschritt notwendig ist, stellt die Wissensgesellschaft gegenüber der Informationsgesellschaft ein höheres Stadium dar

(vgl. Zillien 2006: 7, 10; vgl. Degele 2000: 46). Dabei wird die „menschliche Fähigkeit des Wissenserwerbes, -vermittlung und -produktion betont (...).“ Diese ist notwendig, da „nahezu alle Handlungsbereiche durch wissenschaftliches Wissen bestimmt sind“ (Zillien 2006: 10). Zusätzlich zum steigenden Bedarf an Wissen prägen Technologien die Gesellschaft, da diese notwendig werden, um die zunehmende Komplexität der Gesellschaft verarbeiten zu können. In der Informations- und Wissensgesellschaft ist Technologie zweierlei. Zum einen bezeichnet Technologie eine Sache oder Ding, welche die reine Technik darstellt. Zum anderen ist Technologie eine Handlung, welche mit der Technik hantiert. Technologie ist dabei mehr als das *„Inventar an gegenständlichen Instrumenten und Installationen“*, da sie *„auch das Repertoire an Kunstfertigkeiten und Kenntnissen“*, welche für die Verwendung nötig ist, beinhaltet (ebd.: 14; Zitiert nach Rammert 2000: 42). Technologie kann also als die „Wissenschaft vom Einsatz der Technik“ bezeichnet werden (Zillien 2006: 14). Der Einsatz von Technologie ermöglicht dabei neue Möglichkeiten für soziale Interaktion, erzeugt aber auch gleichzeitig neue soziale Herausforderungen. So löst Wissensarbeit die herkömmliche (einfache) Arbeit in einer modernen Gesellschaft ab, da diese von Maschinen übernommen wird oder in Billiglohnländer abwandert (vgl. Willke 2001: 289). In Anlehnung an die Theorie der Strukturierung von Anthony Giddens handeln Menschen in Bezug auf Struktur, wobei wiederum das Handeln neue Struktur erzeugt. Handlung und Struktur sind demnach in einer Dualität miteinander verbunden (vgl. Zillien 2006: 17 / vgl. Giddens 1997: 77). Struktur stellt dabei die soziale Ordnung (die Gesellschaft) dar, welche aus Systemen (der Ordnung sozialer Beziehungen) besteht und im Prozess der Strukturierung entsteht (vgl. Giddens 1997: 77). Die Theorie der Strukturierung gründet sich dabei auf die „Annahme, daß die Struktur infolge der immanenten Beziehung zwischen Struktur und Handeln (sowie Handeln und Macht) sowohl ermöglichenden als auch einschränkenden Charakter besitzt“ (ebd.: 222). Dass Strukturen beschränkende und erweiternde Funktion haben, lässt sich am Beispiel neuer Kommunikationsformen beschreiben, welche Technologie ermöglichen. Neben der Email als Äquivalent zum Post-Brief nutzen Menschen Webblogs und soziale Netzwerke, um mit anderen Menschen in Kontakt zu treten. Diese neuen technologiebasierten Verfahren setzen sich durch, da die Techniknutzung vorhersagbar ist, ein schnelleres und effizienteres Arbeiten erlaubt und dadurch als regelbegleitete Mechanismen eine Entlastung des

Nutzers ermöglichen (vgl. Zillien 2006: 22). Dabei kann auch eine Dualität in der Beziehung zwischen Struktur und Macht beschrieben werden. Die Ausübung von Macht setzt geregelte Beziehungen und Abhängigkeiten in der sozialen Interaktion voraus (vgl. Giddens 1997: 67). Beispielsweise profitieren Führungskräfte bei der Nutzung der Email in der Regel mehr von dieser Form der Kommunikation und ihrer Entlastungsfunktion als Untergebene. Führungskräfte bestimmen durch ihre höhere Stellung in der Hierarchie die Regeln, wie die Kommunikation abläuft und passen diese auf ihre eigene Arbeitsweise an. Eine egalisierende Wirkung durch ein neues Medium wird demnach durch bestehende Herrschaftsbeziehungen unterminiert (vgl. Zillien 2006: 20f). Durch die Entlastungsfunktion, die allen Nutzern zugutekommt, kann in politischer Hinsicht über das Internet dabei auch der Austausch zwischen Bürgern und politischen Mandatsträgern einfacher werden. Durch die Internetnutzung können Bürger schneller und einfacher an politische Informationen kommen. Dabei entstehen Fragen an Mandatsträger, welche über das Netz kontaktiert werden können. Die Mandatsträger können diese Anfragen zur Reflexion nutzen und ihre Politik anpassen. Die Nutzung von Technologie verändert demnach gesellschaftliche Strukturen, welche zum Teil anhand von Hierarchien geformt werden. Demnach können politische Mandatsträger auch bei Beteiligungsangeboten oftmals die Art und Weise der Kommunikation vorgeben, welche dann vorhandene Herrschaftsstrukturen reproduzieren.

Die IKT, welche in diesem Zusammenhang gesellschaftliche Strukturierung und politische Beteiligung ermöglichen, können sowohl analog und digital basierte Kommunikationstechniken beziehungsweise Übertragungswege aufweisen. Digitale Techniken zeichnen sich gegenüber analogen unter anderem durch eine höhere Leistungsfähigkeit aus, da in erheblich schnellerer Zeit Daten übertragen werden können. Die Digitalität ermöglicht vollkommen neuartige Geräte und eine mögliche Vernetzung und ein Datentransport verschiedener Geräte untereinander. Ein weiterer gewichtiger Unterschied zu analogen Informationen ist die einfache Verarbeitbarkeit und Menge von digitalen Daten (vgl. Humer 2008: 197f). Dabei ist auch eine Manipulation der Daten beziehungsweise das Hinzufügen von weiteren geheimen Informationen möglich (ebd.: 34ff). Denn „alles, was digitalisierbar ist“, wird „beliebig gestaltbar, kopierbar, leicht zu transportieren“ und auch verfremdbar (ebd.: 24).

3 Demokratie in Deutschland

3.1 Repräsentative Demokratie

In der Bundesrepublik Deutschland ist die repräsentative parlamentarische Demokratie die gültige Staatsform. Eine repräsentative Demokratie gründet sich dabei auf eine Verfassung, welche die Grundsätze der Gewaltenteilung, der Grundrechte und des Rechtsstaats einschließt; „von anderen Bindungen frei ist das Volk nur in Schaffung der Verfassung selbst; sobald diese entstanden ist, ist auch der Volkswille gebunden“ (Brockhaus 1968: 407). Der Volkswille wird dabei durch das vom Volk gewählte Parlament gebildet, welches die politischen Sachentscheidungen in Form von Gesetzen stellvertretend für das Volk fällt. Um Veränderungen des Volkswillens Rechnung zu tragen, müssen regelmäßig Wahlen abgehalten werden und Wahlperioden zeitlich begrenzt sein (ebd.: 407). Demgegenüber wird in einer unmittelbaren / direkten Demokratie die „Ausübung der Herrschaft durch das unmittelbar zur Entscheidung polit. Fragen versammelte Volk“ getätigt. Politische „Entscheidungen werden durch Zuruf oder durch Abstimmungen gefällt. Zwar können vom Volk Organe für bestimmte Aufgabenbereiche (Wahlkönige, Heerführer, Magistrate) gewählt werden; aber es gibt keine gewählte Volksvertretung als Repräsentation des Volkes“ (ebd.: 407). Direktdemokratische Elemente finden sich in Deutschland zum Beispiel in Form von Volksentscheiden und Bürgerbegehren auf Landesebene, wie der Bürgerentscheid, welcher beim Bahnhofprojekt Stuttgart 21 in Baden-Württemberg zur Anwendung kam.

In der repräsentativen Demokratie können politische Parteien „als Organe des Volkswillens“ (ebd.: 407) bezeichnet werden. Diese nehmen, wenn sie nicht der Regierungskoalition angehören, die Stellung der Opposition ein. Als Minderheitenschutz der Opposition muss sichergestellt sein, dass bei der nächsten Wahl keine Hindernisse in Kraft gesetzt werden, welche eine Veränderung der Mehrheiten verhindern. Ausgenommen davon sind Parteien, welche als Bedrohung der Demokratie und verfassungsfeindlich eingestuft sind und daraus resultierend verboten werden (ebd.: 408). Die Wahl von Repräsentanten, wie in der repräsentativen Demokratie üblich, reduziert die direkte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger auf ein Minimum beziehungsweise verhindert eine weitere politische Einflussnahme bis zur nächsten Wahl (vgl. Merkel 2003: 41). Die Kompetenz über die

Wahl der Repräsentanten („Kompetenz-Kompetenz“), schließt damit die „Kompetenz zur allgemeinverbindlichen Entscheidung von politischen Streitfragen“ aus (ebd.: 41). Dieses Dilemma kann zwar nicht gelöst, aber mit der „Kompetenz der Agendasetzung“ abgemildert werden, wenn die Bürgerinnen und Bürger sowie die Opposition die Möglichkeit besitzen, im politischen Diskurs gehört zu werden (ebd.: 41). Entscheidend ist demnach die Inklusion oder zumindest die gleiche Chance zur Teilhabe aller Teile der Bevölkerung am politischen Prozess und damit der Artikulation von Interessen und dem Recht zur Themenwahl (Agendasetting). Dabei muss ein Zugang zu Informationen und zur Meinungsbildung gewährleistet sein (vgl. Habermas 1992: 383 / vgl. Dahl 1989: 307).

3.2 Deliberative Demokratie

In der (partizipatorischen) deliberativen Demokratie ist die Beteiligung am politischen Diskurs das legitimierende Element. „Die deliberative Politik gewinnt ihre legitimierende Kraft aus der diskursiven Struktur einer Meinungs- und Willensbildung, die ihre sozialintegrative Funktion nur dank der Erwartung einer vernünftigen *Qualität* ihrer Ergebnisse erfüllen kann. Deshalb bildet das diskursive Niveau der öffentlichen Debatten die wichtigste Variable“ (Habermas 1992: 369). In Anlehnung an Joshua Cohen ist deliberative Politik eine Prozedur der Beratung und Beschlussfassung, welche sich in gesellschaftlichen Institutionen vollzieht (ebd.: 369). Beratungen vollziehen sich dabei in einem öffentlich geführten argumentativen Austausch von Informationen und Begründungen und müssen jeden mit einbeziehen, der von Beschlüssen betroffen ist. Die Chancen des Zugangs und der Teilnahme muss gleichberechtigt sein und es muss sichergestellt werden, dass jeder Teilnehmer die gleiche Chance hat Themen einzubringen und gehört zu werden. Dabei dürfen keine Zwänge in Form von Regeln auf die Teilnehmer einwirken, welche die inhaltliche Argumentation beeinflussen. Am Ende darf nur das bessere Argument ausschlaggebend sein. Beratungen sollen dabei zeitlich unbegrenzt geführt werden dürfen und auch nach einer Unterbrechung wieder aufgenommen werden können. Da aber Politik Entscheidungszwängen unterworfen ist, muss die Beratung abschließend durch einen Mehrheitsbeschluss beendet werden (ebd.: 370f). Dieses Bild der Beratung muss laut Habermas noch um demokratische Verfahren und informelle Meinungsbildung in der Öffentlichkeit ergänzt werden. Während die Verfahren die Arbeitsweise und auch die

Zusammensetzung in den zuständigen Gremien strukturieren, um die Bearbeitung von Problemen zu ermöglichen, ist ebenfalls eine öffentliche Meinung auf Grundlage einer gesellschaftlichen Basis notwendig. Diese kann, im Unterschied zu der mit Prozeduren geregelten Meinungsbildung in den Entscheidungsverfahren, neue Problemlagen besser wahrnehmen und Bedürfnisse ungezwungener artikulieren (ebd.: 372ff). Diese informelle öffentliche Meinung bildet sich „idealerweise in Strukturen einer nicht-vermachteten politischen Öffentlichkeit“ (ebd.: 374).

3.3 Politische Partizipation

Neben der für die öffentliche Meinung notwendigen Meinungsfreiheit und einem frei arbeitenden Pressewesen beschreibt politische Partizipation eine zivilgesellschaftliche oder „bürgerliche Beteiligung mit dem Ziel der Einflussnahme auf politische Entscheidungen“ (van Deth 2003: 169). Darunter fallen alle Tätigkeiten und Handlungen, welche „die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1992: 339; Westholm 2009: 8). Damit sollen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, in ziviler Form ihre Anliegen und Interessen an politische Entscheidungsträger richten zu können. Darunter fällt nicht nur der einzelne politische Bürger als engagiertes und interessiertes Individuum, sondern auch Parteien, Verbände und Nichtregierungsorganisationen, welche als politische Akteure und Sammelbecken der Bürger handeln. Es geht um die Aktivitäten und die Beiträge des Bürgers in Deutschland, welcher diese auch im Zusammenhang mit größeren Akteuren vollzieht (vgl. Emmer 2005: 56f). Dies geschieht in den letzten Jahren vor dem Hintergrund schwindender Wahlbeteiligung und sinkender Mitgliedschaft in den Parteien. In dieser Partizipationskrise nimmt ebenfalls die Bindung zu Gewerkschaften durch Schrumpfung des Industriesektors ab. Die politischen Organisationen als Institutionen der Demokratien verlieren an Rückhalt in der Bevölkerung. Neben politischem Desinteresse ist auch eine zunehmende Frustration über die fehlende politische Lösungsfähigkeit der Regierenden und Einflussmöglichkeiten des Bürgers erkennbar. Daraus resultieren eine Legitimationskrise und ein Wandel der politischen Kultur. Statt eines längerfristigen politischen Engagements ist eher kurzfristige Beteiligung an Events durch

soziale Gruppen die heutige Form der Bürgerpartizipation (vgl. Kersting/Schmitter/Trechsel 2008: 42f).

In unserem Fall stehen wir einerseits „vor der Frage, auf welche Weise ein Phänomen wie die Verbreitung von Internetanschlüssen zu möglicherweise veränderten politischen Partizipations- und Kommunikationsmustern in einer Gesellschaft führen kann“ (ebd.: 67). Das Individuum erhält durch die Verbreitung des Internets eine Kommunikationsoption mehr und kann sich nun zur Internetkommunikation auch gegenüber anderen Kommunikationsalternativen entscheiden (ebd.: 66). Andererseits geht es um die Wirkung, die verschiedene digitale Phänomene auf die Partizipationsbereitschaft der Bürger haben und wie Politik auf diesen Beteiligungswillen reagiert. Bei der elektronischen Partizipation (ePartizipation) in der elektronische Demokratie (eDemokratie) ist ein Grundgedanke, „dass das Internet positive Einflüsse auf politische Information, politische Diskussion und politische Aktivitäten haben kann“ (ebd.: 36; vgl. Kleinstauber/Hagen 1997: 5) und dabei auch „eine generelle Veränderung politischer Kultur, politischen Handelns und politischer Strukturen durch das Internet“ entsteht (Emmer 2005: 36).

Die Wirkung eines neuen Mediums kann dabei mit den Ansätzen der Teledemokratie und der Cyberdemokratie beschrieben werden. In der Teledemokratie geht es um die Verbesserung und Ergänzung der vorhandenen demokratischen Verfahren, welche durch neue Kommunikationstechniken möglich werden (ebd.: 37). Dabei geht es um die Stärkung direktdemokratischer Verfahren im Sinne des Ideals der athenischen Volkssouveränität und der Art wie Demokratie in der Ekklesia gelebt wurde. Bei der Cyberdemokratie geht es um das Aufkommen einer neuen Demokratieform beziehungsweise eines Demokratiewandels durch eine vernetzte Gesellschaft und um die Herausbildung einer Netzöffentlichkeit, welche die Fähigkeit besitzt die asymmetrische Kommunikationsstruktur in heutigen Industriegesellschaften zu verändern (vgl. Emmer 2005: 36f / Zittel 2001: 434). Einer Cyberdemokratie stehen dabei mehr Widerstände entgegen, da sie die Machtposition der bisherigen politischen Akteure wie den politischen Parteien stärker tangiert als in einer Teledemokratie. In der Teledemokratie verbleibt die Macht zum größten Teil bei den bisherigen Politikerkern. Für dieses Paper sind beide Konzepte zutreffend. Während die Teledemokratie elektronische Instrumente für direktdemokratische Verfahren nutzt, geht

es ebenso um den aufkommenden Einfluss einer Netzöffentlichkeit auf den politischen Diskurs in der Cyberdemokratie.

Die häufigste Art der Partizipation ist nach Westholm das „rezeptiv-konsumtive Informationsverhalten“ (Westholm 2009: 9). Dieses beinhaltet das Beschaffen und Lesen von politischen Informationen. Alleine die Nachfrage nach Informationen stellt schon eine Form der Partizipation dar, da dies eine gewisse Transparenz des Regierungshandelns voraussetzt und sich die Regierenden der Beobachtung der Medien nicht entziehen (ebd.: 9). Das Wissen um das Beobachtetwerden wirkt sich dabei auf das Regierungshandeln aus. Daher werden in Autokratien unter anderem auch Medien zensiert, um das Verbreiten unliebsamer Meldungen und Meinungen zu unterbinden. Daher besitzt schon alleine die bloße Existenz freier Massenmedien einen mäßigenden Einfluss auf politische Prozesse (vgl. Patzelt 2003: 389). Davon unterschieden wird das „produktiv-partizipatorische Verhalten“ (Westholm 2009: 9). Dieses stellt die aktive Partizipation unter anderem in Form einer Teilnahme an einer Demonstration oder auch Petition dar (ebd.: 9). In beiden Fällen soll das politische System über Medien in seinem Handeln beeinflusst werden. Bei der ePartizipation ist dafür eine ausreichende Verbreitung von Internetanschlüssen notwendig. Legt man eine Bandbreite von 1 Megabit pro Sekunde (MBit/s) zugrunde, sind 39,4 Millionen Menschen und 98,7 Prozent der Haushalte in Deutschland mit einer Breitbandverbindung ausgestattet (vgl. Spiegel-Online 2011b). Für Internetrecherchen und Email reichen diese Internetanbindungen aus. Daher ist im Hinblick auf elektronische politische Partizipationsmöglichkeiten eine flächendeckende Internetverfügbarkeit in Deutschland gegeben.

Einer Untersuchung von Martin Emmer aus dem Jahr 2005 zur politischen Online-Kommunikation in Deutschland zur Folge wird das Internet vorrangig als Entscheidungshilfe unter anderem bei Wahlen genutzt (vgl. Emmer 2005: 54). Dies unterstreichen auch die Nutzerzahlen des 2002 eingeführten Wahl-O-Mat, der zur Bundestagswahl 2009 von 6,7 Millionen Menschen genutzt wurde (vgl. BPB 2011). Im Internet sind die Informationen einerseits leicht zu bekommen und andererseits spielen der Unterhaltungswert und auch die soziale Nützlichkeit eine Rolle (vgl. Emmer 2005: 54f; vgl. Kaye/Johnson 2002: 61). Dabei sind auch Sozialisationsvariablen wie Bildung, der sozioökonomische Status, das politi-

sche Interesse und Alter der Bürger von Bedeutung (vgl. Emmer 2005: 47; vgl. Schulz 1997: 111ff). Im Kern geht es so Emmer „um die Wirkung der Erweiterung des individuellen Medienrepertoires“ (Emmer 2005: 47). Daraus folgernd könnte die Internetverbreitung zu mehr Bürgerbeteiligung führen, da sich die Handlungsmöglichkeiten des Bürgers um einen weiteren Kanal erweitern und sich die Nutzung, gegenüber den althergebrachten Medien, durch geringere individuelle Transaktionskosten auszeichnet.

Die technische Entwicklung ermöglicht aber nicht nur Chancen, sondern auch Bedrohungen für den partizipationswilligen Bürger. Im Folgenden soll daher der Einfluss des Internets und die damit zusammenhängenden politischen Prozesse auf die digitale Identität der Bürger beschrieben werden. Dabei soll erläutert werden, welche Herausforderungen sich Identität ausgesetzt sieht und ob dies Einfluss auf die Partizipationsbereitschaft haben kann.

4 Identitäten

4.1 Definitionen von Identität

Folgend einer Definition des Sigmund Freud-Schülers Erik H. Erikson ist Identität „die unmittelbare Wahrnehmung der eigenen Gleichheit und Kontinuität in der Zeit und die damit verbundene Wahrnehmung, dass auch andere diese Gleichheit und Kontinuität erkennen“ (Haußer 2002: 218; Erikson 1980: 18). Der Mensch durchlebt verschiedene Phasen im Leben, zum Beispiel die Pubertät, welche ihn körperlich und geistig verändert. Dabei erzeugen die Lebensumstände und Lebensverläufe heute, bedingt unter anderem durch Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, verschiedene persönliche Brüche, welche in Form von sozialem Aufstieg und Abstieg auch auf das soziale Umfeld wirken können (vgl. Haußer 2002: 218). Daher ist „Identität im modernen Sinne (...) das Bewußtsein einer Person, sich von anderen Menschen zu unterscheiden (Individualität) sowie über die Zeit (Kontinuität) und über verschiedene Situationen (Konsistenz) hinweg im Kern dieselbe, durch bestimmte Merkmale ausgezeichnete Person zu bleiben“ (Döring 2003: 325; vgl. Erikson 1956/1966: 107). Dabei erfolgt eine „subjektive Verarbeitung biographischer Kontinuität/Diskontinuität und ökologischer Konsistenz/Inkonsistenz durch eine Person in Bezug auf Selbstansprüche und sozialer Anforderungen“ (Haußer 2002: 218). Von der

Gesamtheit dieser Identitätselemente muss als Unterkategorie das ‚Ich‘ differenziert werden. Das ‚Ich‘ ist dabei die handlungssteuernde Instanz, welche sich durch soziale Einflüsse und Erfahrungen ausformt (vgl. Krappmann 2002: 218). Dies umfasst „Konsistenz im Urteilen und Planen, in den Überzeugungen, expliziten Absichten und dem wirklichen Tun“ beziehungsweise „wenigsten ein Streben nach Vermeidung von Selbstwidersprüchen“ (Dornheim / Greiffenhagen 2003: 16; vgl. Stekeler-Weithofer 1999: 603). Da die beschriebene „Gleichheit und Kontinuität in der Zeit“ (Haußer 2002: 218; vgl. Erikson 1980: 18) nicht nur vom Ich selbst, sondern ebenfalls von anderen wahrgenommen wird, ist hier die gesellschaftlich relevante Unterscheidung der Selbst- und Fremdwahrnehmung angesprochen. Der Identitätspsychologe William James unterteilt Identität dabei in das ‚I‘ als selbsterfahrene Innenperspektive gegenüber dem ‚Me‘ als von anderen erlebte Außenperspektive. Erweitert um die Darstellung des Identitätssoziologen George Herbert Mead ist ‚I‘ das Wesen und die Einmaligkeit der Person, während ‚Me‘ durch gesellschaftliche Interaktion und deren Regeln und Gewohnheiten bestimmt wird (vgl. Haußer 2002: 219; vgl. Mead / Morris 1973: 27ff).

Mead sieht dabei das ‚I‘ und das ‚Me‘ als von der Gesellschaft generiert an. Der dazu notwendige gesellschaftliche Konstruktions- und Konditionierungsprozess beginnt bei einem Menschen in einem frühkindlichen Stadium durch „das Auftreten signifikanter Symbole im Verhalten“ (Mead / Morris 1973: 25). Das bestimmende signifikante Symbol sind vokale Gesten, also die Nutzung der Sprache. Um signifikante Gesten nutzen zu können, muss das biologische Individuum fähig sein, dieselbe Reaktion in sich auszulösen, welche eine Geste bei einem anderen Individuum auslöst. Die Reaktion des anderen dient dabei als Kontrolle für die weiteren eigenen Folgehandlungen. Es werden dabei Rollen von anderen übernommen, um damit das eigene Verhalten zu kontrollieren. Dabei bedeutet die Fähigkeit sich selbst zum Objekt zu machen, dass man die Rolle eines anderen einnimmt, um somit auf sich selbst zurückzublicken. Dies ist Voraussetzung sich seiner selbst bewusst zu werden und Identität zu entwickeln. Dabei werden nicht nur verschiedene Rollen, sondern organisierte verallgemeinerte Rollen und Haltungen von anderen übernommen (ebd.: 24-27). „Aufgrund der Verinnerlichung oder Hereinnahme des gesellschaftlichen Kommunikationsprozesses schafft sich das Individuum den Mechanismus für reflektives Denken“ (ebd.: 28f). Dies verändert wiederum Gesellschaft, da die

Existenz dieser Individuen Grundlage einer reflektiven gesellschaftlichen Identität sind, welche für die menschliche Gesellschaft die bezeichnende Organisationsform ist. Das ‚Me‘ ist der reflektive / der spiegelnde Teil der Identität, welcher Rollen aus der Gesellschaft übernimmt. Das ‚I‘ ist der Impuls, die Aktion, der schöpferische Teil der Identität, welcher durch seine Handlungen auf Gesellschaft zurückwirkt und diese verändert (ebd.: 27ff).

4.2 Teil-Identitäten, Selbstkonzept und Selbstaspekte

Identität kann heute als eine komplexe multiple Struktur aufgefasst werden, welche eine Vielzahl von einzelnen Teilelementen besitzt. Von diesen Elementen sind oder werden in konkreten Situationen flexibel nur Teilmengen aktiviert. „Eine Person hat aus dieser Perspektive also nicht nur eine ‚wahre‘ Identität, sondern verfügt über eine Vielzahl von gruppen-, rollen-, raum-, körper- oder tätigkeitsbezogenen Teil-Identitäten“ (Döring 2003: 325). Dies sind unter anderem Identitäten im Bezug auf Nationalität, Familie, Beruf, Geschlecht, Sexualität und Religion. Neben den Teilidentitäten spielen auch die kognitiven Selbstinhalte, welche das selbstbezogene Wissen oder Selbstkonzept bilden, eine wichtige Rolle (ebd.: 237, 325; vgl. Humer 2008: 133). Das persönliche Erleben endet dabei nicht situativ, da es eine übergreifende Kategorisierung unter anderem nach Einstellungen, Fähig-, Tätig- und Zugehörigkeit in unterschiedlichen Kontexten und Betrachtungsweisen gibt. Dies sind die Selbstaspekte, die vom Selbst der Person dabei gewichtet werden. Im Internet wird wahrscheinlich einem Nutzer die Identität als PC-Spieler wichtiger sein als der Teilaspekt, dass dieser DSL-Kunde bei der Telekom ist (vgl. Humer 2008: 134f). „Identität bedeutet in diesem Zusammenhang die strukturierte Bündelung von individuell hochbedeutenden Selbstinhalten“ (ebd.: 135). Dies schließt real existierende wie auch potentiell mögliche Selbstinhalte mit ein (vgl. Döring 2003: 328f; vgl. McCall & Simmons 1966: 67). Dabei kann im Sinne der Selbst und Fremdwahrnehmung der Identität in private Identität (der innerpsychologischen Dimension) und öffentliche Identität (die Wahrnehmung der jeweiligen Selbstaspekte durch andere) unterschieden werden (vgl. Döring 2003: 329).

4.3 Kollektive Identität

Über Individuen betreffende Unterscheidungen von Identität hinaus gibt es übergeordnete Identitätskonstruktionen, die Kollektive betreffen. Diese treten auf, wenn sich Menschen mit Merkmalen einer Gruppe im Sinne einer sozialen Identität identifizieren (ebd.: 330). Für Manuel Castells, der sich mit Identität im Informationszeitalter beschäftigt, sind soziale Konstruktionen von Identität immer durch Machtbeziehungen geprägt. Kollektive Identität kann nach Castells in drei Formen unterschieden werden. Legitimierende Identität ist dabei ein Produkt der herrschenden Institutionen, um Herrschaft über die sozial handelnden Akteure auszuüben. Eine Widerstandsidentität tritt als Reaktion auf Herrschaft auf, wenn sich eine Gruppe als marginalisiert oder stigmatisiert ansieht. Projektidentität ist hingegen die Konstruktion einer neuen Identität sozial handelnder Akteure, wenn verfügbare kulturelle Werkzeuge die Veränderung von Gesellschaftsstrukturen ermöglichen (vgl. Dornheim / Greiffenhagen 2003: 20; vgl. Castells 2002: 9f). Die partizipationswillige Internetgemeinschaft kann hierbei als Widerstands-, aber auch als eine Projektidentität bezeichnet werden, da sich Bürger machtlos fühlen und über das Internet eine Chance zur Partizipation sehen, um bestehende Strukturen zu beeinflussen. Als Folge könnte nach einer Änderung und Generalisierung dieser Strukturen wieder eine legitimierende Identität stehen. Dies bezieht sich ebenfalls auf die Konstitution der Zivilgesellschaft. Legitimierende Identität bringt dabei auch die Zivilgesellschaft hervor und deren Organisationen und Institutionen. Dazu zählen die Kirchen, Parteien und Gewerkschaften und andere Arten von organisatorischen Zusammenschlüssen. Dabei verlängert die Zivilgesellschaft die Dynamik des Staates, ist dabei im Volk verwurzelt und kann so ohne größere Widerstände zum gesellschaftlichen und demokratischen Wandel beitragen (vgl. Castells 2002: 10f).

Die Beschreibung kollektiver Identität nach Castells liefert eine Einordnung, wie die Netzgemeinde als Bewegung beziehungsweise als gesellschaftliches Phänomen zu bewerten ist, wenn diese Veränderungen im politischen System anstreben. Mit den Beschreibungen von individueller Identität haben wir nun die Grundlage, die im folgenden Abschnitt um die digitale Dimension erweitert wird.

4.4 Digitale Identität

Digitale Identität bezeichnet nach dem Internetsoziologen Stephan Humer „eine technische Lösung zur Identifikation“, welche die „Zuordnung von Fakten zu einer Person“ ermöglicht (Humer 2008: 190). Für Humer ist die digitale Ebene aber „nicht nur eine zusätzliche Schicht in unserer Lebenswelt, sondern ein vielfältiges Ereignis, welches fortwährend komplexer, undurchschaubarer und einflussreicher wird“ (ebd.: 71). Dabei ist die digitale Welt keine virtuelle Welt. Eine virtuelle Welt soll nur etwas darstellen, was real nicht existiert (ebd.: 67f). Für Humer bedeutet „digitales Handeln immer menschliches Handeln“, denn Handlungen online wie offline seien immer auf Menschen zurückführbar und nicht vom Computer generiert (ebd.: 12f). Identität im Netz ist dabei verschiedenen Einflüssen unterworfen. Humer differenziert dabei in den Kern, die intrinsische und extrinsische Motivation der digitalen Identitätsarbeit, welche für die digitale Identität und deren Ausdifferenzierung entscheidend sind. Die Identität des Individuums im Internet basiert dabei auf den beiden Kernelementen Datenschutz und Datensicherheit (ebd.: 144f) also dem „Vertrauen auf weitestgehend unbehelligtes Agieren im Rahmen feststellbarer und verlässlicher rechtlicher wie technischer Bedingungen ohne umgehende persönliche Schwierigkeiten“ (ebd.: 149). Dies schließt auch Anonymität mit ein, die gemeinsam mit den Kernelementen „zweifelsfrei im Rahmen von Identitätsaktivierung, -akzentuierung und -entwicklung einen gewichtigen Beitrag“ leistet (ebd.: 149). Digital intrinsisch verhält sich ein Individuum, wenn es in seiner Identitätsarbeit nach außen in eine Form der Öffentlichkeit geht. In Bezug auf die intrinsische Motivation der Identitätsarbeit sieht Humer als wichtigste Elemente das Chatten und Spielen im Internet (ebd.: 144). Im Zusammenhang mit politischer Partizipation zählt auch die Meinungsäußerung in politischen Foren dazu. Humer nimmt an, dass Individuen ihre Außendarstellung und ihr soziales Verhalten so gestalten, dass andere Menschen einen bestmöglichen Eindruck gewinnen (ebd.: 154). Dies bezeichnet Humer als Identitätsmanagement, was auch die Abwehr gegen Einflüsse von außen einschließen kann (ebd.: 154). Weiterhin versteht Humer unter extrinsischer Motivation die positive und negative Einwirkung von außen auf die Identitätsarbeit (ebd.: 144f). Im Zusammenhang mit illegalen Aktivitäten sind das „Hacken und Cracken“ gezielte „Angriffe auf die Identität“ (ebd.: 154f). Neben illegalen Aktivitäten haben aber ebenso politische Entscheidungen und andere gesellschaftliche und wirtschaftliche Phänomene

Einfluss auf die Identitätsarbeit und tangieren die informationelle Selbstbestimmung. Dies betrifft im Kern den Schutz digitaler Identitäten und deren Ausdifferenzierung. Durch die Existenz verschiedener digitaler Informationen in diversen Datenbanken eröffnen sich neue Möglichkeiten für Datenverwerter. Wenn man diese vielen diversen Quellen verknüpft, können aus diesen Datenverbänden umfangreiche Profile von Personen erstellt werden (ebd.: 197f). Alleine das Wissen um diesen Umstand kann sich negativ auf Identitätsarbeit auswirken. Gelangen Zugangsdaten zur digitalen Identität in die falschen Hände, kann die Identität einfach übernommen werden (ebd.: 190). Es geht aber um mehr als den „Schutz der eigenen Daten wie Pin, digitalisierter Unterschrift oder Käufervorliebe. Identität ist gleich Individuum: es ist kein Problem, einem User ein anderes Ich oder gar eine real nicht existente Person vorzugaukeln, denn niemand kann dies überprüfen“ (ebd.: 127). Dabei ist der Diebstahl fremder Identitäten ein weltweit florierendes Geschäft, mit dem Milliarden erbeutet werden, mit wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die Betroffenen (ebd.: 127f). Ein weiteres Problem ist zu viel Vertrauen, zum einen in die agierenden Akteure und zum anderen in die fehlerbehaftete Technik, welchen man seine Daten anvertraut. Der Mensch ist dabei die größte Schwachstelle, da dieser durch Unkenntnis sorglos mit seinen Daten umgeht, sein System nicht ausreichend absichert oder sich durch Social Engineering Daten entlocken lässt (ebd.: 200).

Da digitale Daten vom Nutzer manipulierbar sind und um bestimmte Verhaltensmuster von Systemen sicherzustellen, kann dem Nutzer beim Trusted Computing die Kontrolle entzogen werden. Dabei wird vordefiniert, was der Benutzer einer Hardware darf und was nicht. Dabei erfolgt auch eine eindeutige Identifizierung des Nutzers. Trusted Computing stellt demnach eine Einschränkung der Nutzerrechte dar und kann auch Identitätsarbeit im Netz tangieren, weil dem Nutzer ein Freiraum genommen ist. Aufgrund von Sicherheitsbeschränkungen können Anwendungen gesperrt oder Signaturkarten abgelehnt werden. Dabei ist auch die Konfiguration eines Computers, die gespeicherten Inhalte, dessen Lizenzierung und verwendeten Produkte überprüfbar und könnten somit mit Urheberrechtsdaten abgeglichen und an Dritte übermittelt werden. Der Benutzer muss dabei den Sicherheitskonzepten und der Geheimhaltung von Schlüsseln vertrauen. Eine Überprüfbarkeit ist für den Nutzer nicht möglich (ebd.: 44ff). Dabei spielen auch Interessen der

beteiligten Akteure eine Rolle. Hersteller von Hardware und Software könnten die Möglichkeiten für sich nutzen, um Monopole aus- und neue aufzubauen (vgl. BSI 2012a).

Um im Internet eine eindeutige Identifikation zu gewährleisten, ermöglichen elektronische Signaturen und Zertifikate, unter anderem gespeichert auf Signaturkarten, eine Art der elektronischen Unterschrift. Zum Beispiel können Emails signiert werden, um eine Verifikation des Inhaltes und des Absenders sicherzustellen (vgl. Humer 2008: 191). Spam-E-mails, welche unter anderem für Phishing- und Virenangriffe genutzt werden, ließen sich dabei mit Trusted Computing einschränken, da eine solche Architektur bestmöglich gegen Manipulation geschützt ist (ebd.: 217f). Die Kontrolle haben aber die Systemverwalter und andere Akteure, wie zum Beispiel beim Zugriff auf den neuen elektronischen Personalausweis, diverse Behörden. Dies geht mit einem möglichen Anonymitätsverlust und einer Bevormundung und im schlimmsten Falle mit Zensur von Inhalten und der Verweigerung der Nutzung von Raubkopien oder Open-Source-Software einher. Da die Offenheit des Personal Computers (PC) ein Grund für seinen Erfolg ist, wirken Einschränkungen hier kreativitätshemmend. Der ökonomische Wettbewerb, neue Branchen, Trends, gesellschaftliche und unkommerzielle Projekte könnten darunter leiden oder verhindert werden. Das Resultat ist eine Unmündigkeit der Nutzer und eine Unterordnung unter technische Regelungen (ebd.: 45f). Diese Einschränkungen wären ebenfalls auch bei politischen Webseiten und deren Beteiligungsinstrumenten als Bedrohung denkbar.

Der digitale Raum bietet aber auch Chancen für Identitätsarbeit und Möglichkeiten sich neu zu definieren. Im digitalen Raum ist es sehr einfach anonym zu bleiben oder sein eigenes Auftreten, das Geschlecht, die gesellschaftliche Rolle und auch einen gewünschten Namen zu erschaffen. Durch eine eigene Webseite oder dem Auftreten als interessierter Nutzer oder Moderator kann das eigene Bild um inhaltliche Kompetenz zu bestimmten Themen und das eigenen Ansehen positiv erweitert werden. Dies kann wiederum auch jenseits des digitalen Raums wirken (ebd.: 123). Diese Form der persönlichen Entfaltung und Ausdifferenzierung steht aber nicht jedem Menschen zur Verfügung. Nicht-Nutzer des Mediums beziehungsweise wenig kompetente Nutzer können nicht oder nur schlecht in dieser Art und Weise ihre Identitätsarbeit beeinflussen und werden gesellschaftlich abgehängt. Daraus ergeben sich digitale Spaltungen (digital divides) in der Gesellschaft

(ebd.: 123f, 126). Weiterhin werden in der digitalen Welt mitunter nur Teilelemente genutzt, da im Chat unter anderem die Gesichter, Besonderheiten in der Sprache wie ein Akzent, die Mimik und Gestik fehlen, welche bei einer Unterhaltung in der realen Welt einen Teil des Inhaltes ausmachen (ebd.: 132). Für Humer sind daraus folgernd persönliche Fähigkeiten im Sinne einer Identitätskompetenz von Bedeutung, da eine nicht gänzlich feststehende Identität immer neu gestaltet werden muss beziehungsweise in Abhängigkeit des Kontextes dabei vom Individuum neue Teilidentitäten geschaffen werden müssen (ebd.: 136). „Es muss also angenommen werden, dass klassische Identitätsarbeit im analogen wie auch im digitalen Raum unterschiedlich stattfindet, und dass aufgrund des Digital Divides einerseits und der fortschreitenden Digitalisierung unserer Gesellschaft andererseits diese Ungleichheit noch verstärkt wird“ (ebd.: 126).

Dabei tangieren Ereignisse und Prozesse das Netz und damit auch die Identitätsarbeit. „Spätestens seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001“ so Humer erleben wir einen „Wechsel vom freien zum kontrollierten Netz“ (ebd.: 13). Unter anderem gibt es Bestrebungen um die Einführung der Nutzung von biometrischen Personen-Daten in Ausweisen und Reisepässen, die EU forciert eine europaweite Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten, und es erfolgt eine „Übermittlung aller Fluggastdaten an die USA, auch wenn ihr Territorium lediglich überflogen wird“ (ebd.: 13). Diese Entwicklungen hatten auch Auswirkungen auf die Ausgestaltung des neuen elektronischen Personalausweises (nPA). Der nPA, welcher am 1. November 2010 in Deutschland eingeführt wurde, löst den bisherigen Personalausweis durch eine kleinere Karte im Scheckkartenformat ab (vgl. BMI 2012). Der nPA hat wie sein Vorgänger die hoheitliche Funktion der Identifizierung eines deutschen Staatsbürgers. Zusätzlich besitzt er die Funktion, den Besitzer mit der electronic Identity (eID) auch in digitalen Räumen wie dem Internet, zweifelsfrei ausweisen zu können (vgl. BSI 2010: 51). Alle notwendigen Daten sind dabei auf dem Ausweis in einem radio-frequency identification-Chip (RFID) gespeichert. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, eine qualifizierte elektronische Signatur (QES) zu erwerben. Diese ist als digitale Unterschrift einsetzbar und wird ebenfalls auf dem nPA hinterlegt. Damit ist der Besitzer in der Lage rechtsverbindliche Verträge abschließen zu können. Eine weitere Neuerung ist die Möglichkeit, auch biometrische Daten auf dem Chip zu erfassen. Mit gespeicherten Fingerabdrücken kann der Missbrauch und die Nutzung von gestohlenen

Ausweisen erschwert werden. Die Funktion Fingerabdrücke zu speichern bleibt aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken freiwillig (vgl. Kuri 2011: 107). Für das Bundesministerium des Innern (BMI) stellt die Einführung des nPA unter anderem eine Sicherheitssteigerung beim Schutz vor Identitätsdiebstahl, gegen Internetkriminalität und bei der Umsetzung des Jugendschutzes dar (vgl. BMI 2012).

Die von dem BMI erklärte Datensicherheit wird von diversen Fachleuten in Frage gestellt. Eine Sicherheitslücke könnten unter anderem die Lesegeräte für die Nutzung des nPA darstellen. Am Basis-Kartenlesegerät (Cat B) muss in Verbindung mit einem Computer der notwendige nPA-Pin über eine virtuelle oder PC-Tastatur eingegeben werden. Diese Art der Dateneingabe ist aus sicherheitstechnischen Gesichtspunkten zu kritisieren, da diese ein Einfallstor für mögliche Manipulationen eröffnet. Die Sicherheit könnte bei einem möglichen Virenbefall, verbunden mit einem Keylogger Programm, welches die Tastatureingaben mitschneidet, ausgehebelt werden. Unbefugte könnten sich so Zugriff verschaffen und die Identität für kriminelle Zwecke missbrauchen. Die Sicherheit ist demnach von dem genutzten PC und der Kompetenz seines Benutzers abhängig (vgl. Kuri 2011: 108). Als Zugangsvoraussetzung eignet sich der nPA auch als Kontrollinstrument. Der nPA könnte als Eintrittskarte für das Internet genutzt werden, was die Anonymität beenden würde. Die Infrastruktur ließe sich demnach für eine mögliche Zensur, beziehungsweise Rückverfolgung von Meinungsäußerungen nutzen und damit unter anderem das Recht auf Meinungsfreiheit tangieren. Des Weiteren könnte die RFID-Technik an sich eine Sicherheitslücke darstellen, da ein Ausweis durch die kontaktlose Schnittstelle theoretisch auch unbemerkt, im Vorbeigehen, auslesbar wäre. Es gibt also mehrere Indizien, welche die Sicherheit kontaktloser Chips und die Sicherheit des nPA in Frage stellen.

Ein weiteres Beispiel sind elektronische Verfahren im Gesundheitssystem, in dem sehr private Personendaten anfallen. Daten über Vorerkrankungen und Arztrezepte können nun auf der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) gespeichert werden, welche seit Oktober 2011 die reguläre Krankenkassenkarte ersetzt und um digitale Funktionen erweitert (vgl. BMG 2011). Der Schutz dieser Daten vor unbefugtem Zugriff ist dabei gleichzeitig ein wichtiger Schutz der Privatsphäre. Und hier liegt der Hauptschwachpunkt. Was den nPA und die eGK eint ist die Tatsache, dass eine Menge Menschen bei den staatlichen

Behörden im Falle des nPA und bei vielen Gesundheitsdienstleistern beim eGK Zugriff auf diese Daten haben. Die eGK kann dabei in Arztpraxen, Kliniken und Apotheken ausgelesen und geschrieben werden. Für den Patienten ist es da schwer, die Kontrolle über seine Daten zu behalten.

Neben diesen bundesdeutschen eGovernment- / eHealth-Projekten hat auch die Gesetzgebung der Europäischen Union (EU) Einfluss auf Identität und Identitätsarbeit. Die EU-Vorratsdatenspeicherungsgesetzgebung erlaubt den Behörden der EU-Staaten mindestens sechs bis maximal 24 Monate lang Verbindungsdaten von Telefon und Internet und dabei Emails ohne deren Inhalte zu speichern. Die Speicherung dieser Daten beinhaltet so Humer einen „Paradigmenwechsel“, da in der Praxis nun erst Daten ohne Begründung erfasst und im Falle eines Verdachtalles zur Strafverfolgung oder der Terrorabwehr ausgewertet werden (vgl. Humer 2008: 222f). Dies hat auch Folgen für die Meinungsfreiheit im Netz, da sich Blogger nicht mehr darauf verlassen können anonym zu bleiben (ebd.: 223; vgl. Heise 2006).

Weiterhin gefährden auch Gesetzesvorhaben anderer internationaler Partner die informationelle Selbstbestimmung. Neben den amerikanischen Urheberrechtsgesetzesverfahren SOPA (Stop Online Piracy Act) und PIPA (Protect IP Act) ist ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) zur medialen Berühmtheit gelangt, welches als internationales Handelsabkommen der Produkt-Piraterie und Urheberrechtsverletzungen entgegen wirken soll. Dabei wird die Haftung bei Verstößen im Internet auch auf die Internet-Serviceprovider (ISP) ausgeweitet. ISPs müssten, um Klagen zu vermeiden, die illegale Weitergabe urheberrechtlich geschützter Daten unterbinden (vgl. Spiegel-Online 2009). Dies würde die ISPs zu Hilfspolizisten machen und eine Internetzensur bedeuten. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar kritisiert dabei die Weitergabe personenbezogener Daten, welche die beteiligten Vertragsparteien ohne rechtsstaatliche Garantien austauschen (vgl. Netzpolitik 2012). Das Europäische Parlament hat im Juli 2012 das umstrittene Gesetz für die europäische Union gestoppt (vgl. Zeit 2012).

Zu den Eingriffen online gesellen sich auch offline Gesetzgebungen und -vorhaben, welche ebenfalls zum staatlichen Datenberg beitragen. So lassen sich Mautdaten und die automatische Kennzeichenerfassung zur Strafverfolgung nutzen. Kennzeichenerfassung,

Vorratsdatenspeicherung und groß angelegte Videoüberwachung werden in Deutschland sehr kritisch gesehen. Die Motive liegen unter anderem in den geschichtlichen Erfahrungen mit der NS- und SED-Diktatur begründet. Dass diese Sorge um die Datenspeicherungen und deren Missbrauch auch im 21. Jahrhundert nicht unbegründet ist, zeigt der Blick nach Fernost. Das restriktiv regierte China nutzt seine Daten, um gegen Oppositionelle und regimekritische Blogger vorzugehen (vgl. Humer 2008: 234f; vgl. Heise 2005). Aber auch in Deutschland ist der Zugriff auf persönliche Daten nicht immer vollständig geschützt. Das am 28. Juni 2012 von der CDU, CSU und FDP im Bundestag verabschiedete Meldegesetz erlaubt die Weitergabe von Anschriftdaten an Unternehmen, wenn der Bürger dem nicht widersprochen hat (vgl. WB 2012a: 1; vgl. WB 2012b: 5).

4.5 Anonymität, Pseudonymität und die Klarnamendebatte

Die Anonymität, welche das Internet (scheinbar) offeriert, ist ein wichtiges Merkmal für die Ausdifferenzierung von Identität und ungebremster Nutzung des Netzes. Anonymität und die Nutzung eines Pseudonyms ermöglicht dabei, gegenüber der realen Welt freier über politische Themen oder medizinische und sexuelle Fragen zu diskutieren.

Anonymität hat aber auch Negatives zur Folge. Unter anderem ermöglicht Anonymität die Fälschung oder Verschleierung von Identitäten, wenn zum Beispiel Erwachsene sich als Kinder ausgeben und versuchen mit anderen Kindern über das Internet in Kontakt zu kommen. Die Anonymität ermöglicht dabei Entfaltungsmöglichkeiten, welche im realen Leben nicht ohne Hindernisse und Folgen sein können wie hetzen, fluchen oder auch flirten im Chat, ein ungehemmtes Ausleben einer Spielsucht und das Verteilen von Kinderpornographie (vgl. Humer 2008: 69, 207f). Das Internet lässt sich dabei auch einfach zum Diskreditieren nutzen. Im Cyber-Mobbing werden über das Internet Personen beschimpft, bedroht, bloßgestellt, belästigt oder anderweitig diffamiert. Einen Rückschluss auf den Urheber ist dabei in vielen Fällen nicht möglich. Gesellschaftliche Ausgrenzung dieser Art ist kein neues Phänomen, aber durch weltweite Verfügbarkeit dieser Daten hat Cyber-Mobbing gegenüber dem offline Mobbing eine viel weiterreichende Dimension, da diese Informationen einer ungleich größeren Öffentlichkeit zugänglich sind. Eine Entfernung dieser Informationen ist auch ungleich schwieriger, da die Digitalität eine einfache Vervielfältigung ermöglicht.

Aufgrund von Kriminalitätsbekämpfung, Terrorismus und Gefahrenabwehr fordern Sicherheitspolitiker wie Innenminister Hans-Peter Friedrich eine Klarnamenpflicht. „In der demokratischen Auseinandersetzung streiten wir mit offenem Visier auf Basis unserer verfassungsmäßigen Spielregeln. Warum sollte das im Internet anders sein?“ so der Innenminister (Spiegel-Online 2011a). Dem widersprechen Oppositionspolitiker, unter anderem Malte Spitz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Die Möglichkeit, anonym oder unter einem Pseudonym zu handeln, ist selbstverständlich Teil unserer allgemeinen Freiheitsausübung. (...). Wer diese Möglichkeiten abschaffen will, opfert einen Teil unserer demokratischen Kultur“ (ebd.:) erklärt Spitz auch in Bezug auf Internetaktivisten, die in Ländern wie Syrien oder dem Iran das Netz nutzen, um gesellschaftliche Kritik zu üben und um Menschenrechtsverletzungen anzuprangern (ebd.:).

Unabhängig dieser politischen Forderung ist eine Umsetzung zweifelhaft, da nach heutigem Stand der Technik eine Klarnamenpflicht in Deutschland nicht ohne weiteres möglich wäre. Blogger können auf ausländische Anbieter ausweichen und sich so dem deutschen Gerichtsstand entziehen. Generell ist die Identität im Internet aber nicht anonym, da der Nutzer durch seine IP-Adresse identifizierbar ist (vgl. Humer 2008: 196). Kompetente Nutzer sind aber in der Lage, ihre Identität über die Nutzung bestimmter Server zu verschleiern. Beispielweise ermöglicht das Anonymitäts-Netzwerk TOR auch in China Netzsperrern zu umgehen (vgl. Handelsblatt 2011).

4.6 Einfluss der Wirtschaft auf Identität

Nicht nur von staatlichen Akteuren geht eine Bedrohung für die informationelle Selbstbestimmung aus. Internet-Dienstleister wie Google häufen große Mengen Daten an. Diese Daten stellen ein nicht zu unterschätzendes Kapital dar, welches in einem ökonomischen Krisenfall nutzbar gemacht werden könnte. Schon heute überwacht Google mit seinen kostenlosen Diensten seine Nutzer und scannt unter anderem die Emails der Nutzer der Gmailaccounts, um personalisierte Werbung zu schalten (vgl. Humer 2008: 236, 242). Des Weiteren können Unternehmensdaten auch zur Terrorabwehr relevant werden. Die Gesetzgebung des Patriot Act als Folge des 11. Septembers 2001 erlaubt zur Terrorabwehr staatlichen Stellen in den USA bei allen Unternehmen und Institutionen Auskunft über ihre Kunden zu verlangen und das ohne offiziellen Durchsuchungsbefehl oder

belegbaren Tatverdacht (vgl. Spiegel-Online 2005). Dieses Gesetz hat für den Datenschutz weltweite Auswirkungen, da dies Kundendaten in allen Ländern der Welt bei amerikanischen Unternehmen betreffen kann.

Neben Daten, welche die Nutzer den Unternehmen mehr oder weniger bewusst anvertrauen, werden auch Daten über das Surfverhalten schon bei der Webseitennutzung gespeichert. Mit Hilfe von Cookies (kleinen Informationsdateien), werden Einstellungsdaten einer Webseite im Webbrowser des Nutzers gespeichert. Cookies dienen einerseits dem Komfort der Nutzer, da sich Cookies Suchanfragen und Einstellungen der Nutzer merken. Andererseits ermöglicht es dem Webseitenbetreiber Anwender-Profile der Nutzer anzulegen. Die Daten können dabei auch missbräuchlich genutzt werden, um das Kaufverhalten und Surfverhalten eines Nutzers zu analysieren (vgl. BSI 2012b).

Eine weitere Form von Unternehmensdaten sind digitale Informationen, die von den Haushalten an die Stadtwerke und Energieversorger übermittelt werden. Digitale Stromzähler (Smart Meter) übermitteln dabei Verbrauchsdaten der Haushalte an die Versorger. Dabei ist auch eine missbräuchliche Nutzung möglich, da einige Anbieter ihre Daten unverschlüsselt über das Internet übermitteln. So könnten Einbrecher mit Hilfe der Verbrauchsdaten den Tagesablauf von Hausbewohnern bestimmen, um einen Einbruch außerhalb deren Anwesenheitszeiten zu planen (vgl. Bachfeld/Carluccio/Wegener 2011: 88ff). Diese Sorge ist nicht unbegründet, da bisher im Datenschutz und bei den Geräten noch Kommunikationsstandards fehlen (vgl. Heise 2011a). Um diesen Bereich zu regulieren, hat das Bundesamt für Informationstechnik (BSI) im März 2011 seinen zweiten Entwurf für eine Richtlinie zur Sicherheit bei Smart Metern vorgestellt (vgl. Heise 2011b).

Da Menschen auch in ihrer Freizeit online sind, haben Wirtschaftsunternehmen in Form von sozialen Netzwerken zusätzlich Einfluss auf Identitätsarbeit. Mit der Gründung von Facebook im Jahr 2004 wurde für alle Internetnutzer unabhängig ihrer technischen Kompetenzen die Möglichkeit geschaffen, das Internet für soziale Kontakte zu nutzen. In der Kritik stehen Facebook und die Betreiber anderer sozialen Netzwerke wegen ihren Datenschutzbestimmungen. Zum Beispiel räumt sich das Party-Foto-Portal Virtual Nights beim Hochladen privater Fotos vom Nutzer uneingeschränkte wirtschaftliche Verwertungsrechte ein (vgl. Schmieder 2010: 148, 151).

4.7 Folgen der Digitalität für Identitätsarbeit

Als Ergebnis können nach Humer grundsätzlich zwei Richtungen als Folge der Digitalität und der daraus resultierenden Identitätsarbeit angenommen werden. Neben einer Flexibilisierung und negativen Fragmentierung von Identität ist eine positive Kontinuität von Identität denkbar. Daraus resultieren Identitätskerne und Metaidentitäten, in denen sich Teilidentitäten einfinden (vgl. Humer 2008: 136). Die letztgenannte Annahme geht von einem Mehrwert durch den digitalen Aspekt aus, da Menschen mehr von ihrer wahren Identität preisgeben können und dies befreit von „sozialer Kontrolle, Stereotypisierung und Stigmatisierung“ (Lemhöfer 2012: 28). Die eher negative Annahme sieht als Folge, dass sich Personen nur virtuelle Scheinidentitäten konstruieren und ihre wahre Identität verbergen. Personen, die sich im realen Leben nicht entfalten können, tun dies im Internet (ebd.: 27f). Dies kann für die einzelne Person aber auch vorteilhaft wahrgenommen werden, wenn diese dadurch soziale Kontakte hat. Dabei ist aber auch ein Verlust an Identität durch zunehmende Digitalisierung denkbar. Durch ein Fehlen an authentischen Identitätskonstruktionen beziehungsweise mangelndem Engagement in der realen Welt wird die Befriedigung sozialer Grundbedürfnisse nicht mehr ausreichend gewährleistet. Für Humer ist Identitätsverlust aber „eine hilflose Befürchtung“ (Humer 2008: 142). Aufgrund der Verflechtung von on- und offline Kommunikation und einer starken digitalen Durchdringung der Welt sei gegenüber der Vorstellung voneinander getrennt gelebten Identitäten nur noch ein Leben möglich, in dem on- und offline Identität miteinander interagieren. Eine Maskierung beziehungsweise Flucht in Scheinidentitäten bleibt aber möglich, da Pseudonyme und Anonymität Gestaltungsspielräume ermöglichen (ebd.: 142). Humer kommt daher zu dem Schluss, dass die digitale und die reale Welt im Hinblick auf das Individuum nicht mehr als getrennt betrachtet werden kann und die Idee einer singulären Identität nicht mehr gilt. Individuen besitzen digitale und nichtdigitale Teilidentitäten, und es ist eine Frage der Gewichtung und somit auch der Kompetenz diese zu nutzen (ebd.: 143f). Für Humer tangiert die Überwachung in Form von Vorratsdatenspeicherung oder die Nutzung elektronischer Ausweise mit RFID die Wahrnehmung um Schutz der Identität. Die „diffuse Angst“ vor diesen Daten hat das Potential, Identitätsarbeit zu beeinflussen, da die Anonymität nicht mehr gewährleistet ist und so eine Identitätsaktivierung oder Identitätsausdiffe-

renzung im Internet zum Beispiel in Form von der Nutzung eines Forums mit gesellschaftlich brisanten und tabuisierten wie sexuellen Inhalten unterbleibt (ebd.: 221, 224f).

Für eine erfolgreich Identitätsaktivierung und -ausdifferenzierung ist demnach der Datenschutz des Bürgers, die rechtliche Sicherheit und das Vertrauen in diese Sicherheit notwendig, damit der Bürger das Internet auch politisch nutzt. Anonymität im Internet und die Nutzung von Pseudonymen sind also Schutzfunktionen, durch die sich auch Partizipationsbereitschaft entfalten kann.

5 Elektronische Partizipation bei politischen Parteien

Wie können authentifizierte digitale Identitäten für politische Partizipation genutzt werden?

Eine Idee, wie digitale Authentifikationsverfahren gewinnbringend eingesetzt werden können, ist die Nutzung zur Gegenzeichnung von Onlinepetitionen. Von dieser Möglichkeit wird aber bisher in der Regel noch nicht Gebrauch gemacht. Während beispielsweise bei dem Online Aktionsnetzwerk Avaaz zur Registrierung die Eingabe eines Namens, Emailadresse und Postleitzahl ausreicht (vgl. Avaaz 2012), verlangt der Petitionsausschuss des Bundestages neben dem Namen und Emailadresse die vollständige Adresse. Beim Petitionsausschuss ist auch die Nutzung eines Pseudonyms möglich (vgl. Bundestag 2012). Außer diesen Angaben ist kein weiteres Verfahren nötig, um Petitionen zu starten oder mitzuschreiben. Eine nPA-Nutzung ist bisher nicht vorgesehen.

Die Initiative openPetition, welche von Joerg Mitzlaff, einem Mitglied des Vereins *Mehr Demokratie*, betrieben wird, ermöglicht hingegen die Nutzung des nPAs, um Petitionen verbindlich und authentisch zu starten und zu unterstützen. Durch den Ausweis lassen sich so Name, Adresse und Alter verifizieren. Eine elektronische Signatur ist nicht erforderlich, um die Einstiegshürde niedrig zu halten. Die Initiative geht von einer nPA-Verbreitung von bisher 6 Millionen (Stand Juli 2011) Ausweisen aus. Bis 2020 wird jeder Bundesbürger einen besitzen, da alle alten Ausweise bis dahin abgelaufen sind (vgl. openPetition 2011). Demnach ist eine authentifizierte Beteiligung, abgesehen von der noch unzureichenden Verbreitung des nPA, möglich.

Welche Möglichkeiten offerieren die Parteien auf Bundesebene dem Bürger zur Online-Partizipation? Nutzen die Parteien Internetforen für den inhaltlichen Diskurs, kommunizieren nur Parteimitglieder oder können auch Nicht-Mitglieder teilnehmen und hat der Diskurs Einfluss auf die Inhalte der Parteien? Weisen diese Angebote Authentifikationsverfahren auf oder planen die Parteien, für ihre Foren Authentifizierungsmaßnahmen wie den nPA einzuführen?

Die hier getroffene Auswahl stellen die relevanten Parteien im Jahr 2012 auf Bundesebene dar. Dabei wird neben denen im Bundestag vertretenen Parteien zusätzlich auch die Piratenpartei berücksichtigt, da diese perspektivisch eine Chance hat, dem nächsten Parlament anzugehören und sie dabei die Partei ist, die für Themen der Netzpolitik im Allgemeinen eintritt. Daher kann hier die Piratenpartei nicht nur als Gegenstand der Untersuchung, sondern auch als ein mitauslösendes Ereignis gewertet werden.

5.1 Datenerhebung

Da sich Fragen über die genutzten Internet-Foren und Online-Communities in Bezug zu einer möglichen nPA-Nutzung der Parteien derzeit (Stand Juli 2012) nicht durch die Grundsatzprogramme oder andere Beschlüsse beantworten lassen, wurden Anfragen an die netzpolitischen Sprecher der relevanten Parteien auf Bundesebene gestellt.

Die Piratenpartei, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Christlich Soziale Union (CSU) haben diese Anfrage beantwortet. Hingegen wurden die Fragen von der Freien Demokratischen Partei (FDP) und der Christlich Demokratischen Union (CDU) nicht beantwortet. Die FDP begründete dies mit einer hohen Arbeitsbelastung des netzpolitischen Sprechers durch Abstimmungen. Die CDU meldete sich trotz einer vorhergehenden telefonischen Zusage nicht.

5.2 Ergebnisse des Parteienvergleichs

Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Demokratie bekunden alle Parteien, mehr Beteiligung der Bürger einführen zu wollen. Die Forderung nach mehr direkter Beteiligung bleibt dabei in vielen Fällen folgenlos, da es in der Bundesrepublik keine verfassungsrechtliche Grundlage für direkte Demokratie auf Bundesebene gibt. Der Verein

Mehr Demokratie hat beispielsweise für die Einführung einer bundesweiten Volksabstimmung einen mangelnden Reformwillen ausgemacht. Ein Gesetzentwurf der Linken wurde dazu mit großer Mehrheit im Bundestag abgelehnt. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung von CDU, CSU und FDP ist mehr direkte Demokratie nur in Form von Petitionen über den Petitionsausschuss vorgesehen (vgl. Rehmet 2010: 36).

Bei den Online-Communities der Parteien existieren, über das Bereitstellen von Informationsangeboten hinaus, außerhalb einer Parteimitgliedschaft in der Regel keine weitreichenden Möglichkeiten der Beteiligung des Bürgers im Sinne von Themensetzung, Änderung und Beeinflussung von Inhalten der Parteien.

Die Piraten betreiben mit ihrem ‚Piratenwiki‘ ein Forum, welches dem Informationsaustausch dient, aber nicht als Plattform gedacht ist, in dem sich Bürger am politischen Diskurs beteiligen können. Für die parteiinterne Kommunikation wird eine zugangsbeschränkte Plattform genutzt, welche sich noch in der Findungsphase befindet (vgl. Piratenpartei Eigene Datenerhebung 2012).

Die Grünen betreiben mit der Plattform ‚Meine Kampagne‘ ein Netzwerk, welches Interessierte informiert. Die Grünen nutzen mit dem ‚Wurzelwerk‘ ein parteiinternes zugangsbeschränktes Netz, welches dem Nutzer Diskursmöglichkeiten einräumt. Eine Möglichkeit der inhaltlichen politischen Partizipation des Nicht-Mitglieds sieht dieses Portal nicht vor. Mit dem Portal antriebzukunft.de wurde eine Form der Bürgerbeteiligung im Internet bereits getestet. Grundsätzlich hat der Internetdiskurs wenig Einfluss auf die politischen Inhalte der Piraten und der Grünen. Beide Parteien sprechen sich explizit für den Parteitag als Beschlussorgan aus (vgl. Piratenpartei Eigene Datenerhebung 2012; vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Eigene Datenerhebung 2012).

Ähnlich präsentiert sich die SPD. Die SPD-Netzwerke sind für Nicht-Mitglieder eingeschränkt nutzbar. Die Mitarbeit ist erwünscht, das aktive und passive Wahlrecht steht aber nur Parteimitgliedern zu. Mit den Zukunftswerkstätten wurden bereits Erfahrungen gesammelt, wie Bürger in einen Diskurs eingebunden werden können. In Zukunft soll das Tool ‚Adhocracy‘ zum Agendasetting genutzt werden (vgl. SPD 2012a; vgl. SPD 2012b: 8).

Die FDP ist bei der Nutzung von Onlinediskursen als fortschrittlich einzustufen. Die FDP hat mit der Webseite chance-fuer-morgen.de das Internet genutzt, um eine Grundsatzdebatte über die Neuausrichtung der Partei zu führen. Diese moderierte Debatte stand dabei auch Nicht-Mitgliedern offen, welche die Erarbeitung der FDP-Freiheitsthesen zum Ziel hatte. Diese sollen der neue Leitfaden der Partei werden. Obwohl sich die FDP neuen Medien und Partizipationsformen geöffnet hat, verbleibt die Kontrolle über den Diskurs innerhalb der Partei. Der Einfluss der Nicht-Mitglieder auf die Inhalte ist nicht ohne weiteres messbar, aber dies scheint eine gute Idee zu sein, wie Bürgerbeteiligung im Netz parteinah ablaufen kann (vgl. FDP 2012a; vgl. FDP 2012b; vgl. FDP 2012c).

Linksaktiv, die Webseite der Linken, ist nach eigenen Angaben als Mitmach-Community zu bezeichnen, welche auch das Nicht-Mitglied einbindet. Für die Linken ist der Internetdiskurs wichtig, um neue Ideen zu erhalten und ein Feedbackinstrument zu eigenen Themen zu haben (vgl. DIE LINKE 2012; vgl. DIE LINKE Eigene Datenerhebung 2012).

Anders sieht es bei den beiden Unionsparteien aus. Die CDU betreibt kein offenes Forum, um den Netzbürger zu beteiligen. Mit CDUPlus steht lediglich für die interne Kommunikation ein Mitgliederforum bereit (vgl. CDU 2012). Dafür hat die CDU aber mit ihrem moderierten Zukunftsdialog (dialog-ueber-deutschland.de) schon offene Bürgerforen abgehalten, um dem Bürger in einem Mix von on- und offline-Beteiligung eine Plattform des Diskurses zu bieten. Die CSU verzichtet ebenfalls auf ein offenes Onlineportal zur Bürgerbeteiligung. Dem Nicht-Mitglied ermöglicht die CSU keine direkten Beteiligungsmöglichkeiten. Für die CSU-Mitglieder werden mit CSUnet und CSUnity zwei verschiedene Beteiligungsforen angeboten. Die Arbeit in den Foren kann dabei aber in praktische Politik einfließen (vgl. CSU 2012a; vgl. CSU 2012b: 2; vgl. CSU 2012c).

Bei der nPA-Nutzung sind die Parteien unterschiedlicher Auffassung. Von den Piraten und den Linken wird der nPA politisch grundsätzlich abgelehnt. Für die Linken ist schon aus Transparenzgründen eine Zugangsbeschränkung für Foren nicht erwünscht (vgl. DIE LINKE Eigene Datenerhebung 2012). Die Piraten lehnen diesen unter anderem aus technischen Gründen ab (vgl. Piratenpartei Eigene Datenerhebung 2012). Die Grünen wollen ebenfalls den nPA nicht für ihre Foren nutzen (vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Eigene Datenerhebung 2012). Für die SPD sind Zugangsbeschränkungen in Form des

nPA zur Nutzung des eigenen Forums noch nicht geklärt (vgl. SPD 2011). Die CSU kann sich hingegen eine nPA-Nutzung für die parteieigenen Foren durchaus vorstellen, wenn der dafür notwendige Datenschutz gewährleistet ist (vgl. CSU Eigene Datenerhebung 2012). Im Falle der CDU und FDP konnte die Frage der nPA-Nutzung für die parteieigenen Foren nicht geklärt werden. Generell scheint es mit Ausnahmen der Piraten und Linken aus Gründen der generellen Ablehnung bei keiner Partei eine weitreichende Diskussion oder Beschlüsse über eine nPA-Nutzung für die politische Partizipation bei den Parteien zu geben.

6 Fazit

Diese Untersuchung über digitale Identitäten und damit verbundene politische Partizipation bewegt sich in einem zukunftsbezogenen Themengebiet, in dem viele Rahmenbedingungen noch nicht gesetzt sind und die Ausgestaltung noch offen ist.

Das Medium Internet kann grundsätzlich mehr Bürgerpartizipation in der Zukunft ermöglichen. Es ist deutlich geworden, wie gesellschaftliche Ausdifferenzierung und technologische Entwicklungen interagieren. Der Gesetzgeber ist gefordert durch moderate Entscheidungen die weitere Entwicklung nicht auszubremsen, aber dennoch die Grundrechte der Bürger zu schützen. Die bisherigen Regulierungsversuche in Bezug auf die Vorratsdatenspeicherung und dem Urheberrecht zeigen deutlich, dass für die Auswirkung der Digitalität in Deutschland noch nicht das richtige Maß gefunden wurde, um politisch angemessen zu regulieren und mit den Rechten der Bürger umzugehen. Das Aufkommen und der Erfolg der Piratenpartei kann dabei als Indiz für einen notwendigen Politikwandel gesehen werden. Eine Öffnung der Parteien für den Bürger, der keine Mitgliedschaft anstrebt, ist daher notwendig, um auch der Politikverdrossenheit entgegen zu treten. Das Internet bietet hierfür gute Voraussetzungen, damit der Netzbürger beim Diskurs über die Inhalte von Politik teilhaben kann.

Legt man die Unterteilung von Humer in Kern, intrinsische und extrinsische Motivation für digitale Identitätsarbeit zu Grunde, partizipiert der politische Bürger im Netz, nur wenn die notwendige Datensicherheit beziehungsweise Schutz der eigenen Identität gewährleistet ist. Auch für die politische Beteiligung der Zukunft müssen Regularien gefunden werden,

wie der Staat und auch die Wirtschaft grundrechtskonform mit den Nutzerdaten umzugehen haben. Dies schließt auch den Schutz des Bürgers durch eine Pseudonymnutzung und daher der Gewährung einer Anonymität mit ein. Obwohl das Internet derzeit ein unsicherer Ort ist, kann davon in Deutschland ausgegangen werden, dass sich generell die Ausdifferenzierung digitaler Identität auch auf den politischen Bereich erstrecken kann.

Daher wird die Frage, ob *die Ausdifferenzierung von digitalen Identitäten zu mehr Online-Partizipation führen* könnte, grundsätzlich mit Ja beantwortet.

Die Gefahren für das Individuum und die Ich-Identität sind dabei als diffus zu bezeichnen, da die Debatte um den Datenschutz in Deutschland sehr emotional geführt wird. Es geht von Datensammlungen definitiv eine große Gefahr für die informationelle Selbstbestimmung aus. Dies muss aber nicht unbedingt Folgen für den Bürger haben. Schon heute haben die Internetnutzer durch ihr eigenes Verhalten Unternehmen viele Daten freiwillig anvertraut.

Um dem Bürger einen Anteil am parteipolitischen Diskurs zu ermöglichen, befinden sich viele Angebote noch in der Testphase. Die Parteien lernen derzeit mit den Möglichkeiten umzugehen. Dabei grenzen sie sich selber gegen allzu weitgehende Beteiligungsformen ab. Die Herrschaft über Diskussionen verbleibt in der Hand der Parteien. Daher übertragen sich Hierarchien und Machtstrukturen auch auf die Bürgerbeteiligung im Internet. Ein Modell, welches repräsentative Demokratie mit Bürgerpartizipation zu vereinen scheint, sind moderierte Angebote, die offen für Bürgerfragen sind, dabei den Diskurs für die politische Realität verdichten und sich nicht in der Beliebigkeit des Internets verlieren. Ob sich dabei politische Inhalte durch einen Bürgereinfluss verändern, bleibt bei diesen Angeboten offen. Schlussendlich lässt sich Partizipation erst bei einem Ergebnis messen, wenn Bürgerforderungen wirklich berücksichtigt wurden.

Der Bürger muss diese neuen Angebote aber auch aktiv suchen und auch nutzen. Online Partizipation des Bürgers bei den Parteien scheint noch nicht in der politischen Kultur der Bundesrepublik angekommen zu sein.

Greift man die Ideen zu kollektiven Identitäten von Castells auf, so befinden sich der partizipationswillige Bürger und die politische Netzgemeinde weiterhin in der Phase der Widerstandsidentität. Bisher wird im Netz eher protestiert als partizipiert. Eine sich verdichtende Einflussnahme, die Strukturen und Institutionen ausbildet, ist noch nicht erkennbar.

Die Frage, ob die Nutzung von rechtsverbindlichen Authentifizierungsverfahren wie der neue Personalausweis zu mehr Legitimation der Willensbekundungen der Netzbürger führen könnte, muss zurzeit noch verneint werden. Bisher überwiegt noch das Schutzbedürfnis der Bürger und der Parteien gegenüber Unsicherheiten in den Authentifizierungsverfahren. Ob in der Zukunft rechtliche Authentifikationsverfahren ähnlich wie die des neuen Personalausweises auch politisch einen Mehrwert erbringen können, ist noch nicht abseh- aber vorstellbar. Die Durchdringung der Bevölkerung mit dem nPA ist noch nicht weit genug fortgeschritten, damit dieser als Hilfsmittel für elektronische Partizipation eingesetzt werden könnte. Derzeit ist die fehlende Verbreitung des nPA daher eher als Quelle einer digitalen Spaltung zu werten.

Im Bezug auf die Parteien im Jahr 2012 scheint diese Form der Nutzung von elektronischen Authentifikationsverfahren noch nicht Teil der internen Diskussion zu sein. Da die Parteien aber für ihre internen Netzwerke Onlineplattformen mit strikten Identifikationsmechanismen nutzen, kann davon ausgegangen werden, dass diese zumindest innerhalb der Parteien einen Nutzen zur internen Meinungs- und Mehrheitsbildung haben können. Ein aus dieser Nutzung resultierender Lernprozess könnte sich dabei in Zukunft auch auf die Schnittstelle zu den Bürgern offenbaren, wenn die Parteien das richtige Maß an kognitiver Offenheit, klarer Standpunktsetzung und -vertretung gefunden haben. Da dies aber immer auch Machtinteressen tangiert und das Internet eher eine sanfte Revolution vorantreibt, ist in naher Zukunft sicherlich nicht der rasante Anstieg der Bürgerbeteiligung über das Internet zu erwarten. In diesem Sinne ist eher von dem Modell einer Teledemokratie, der Ergänzung der bestehenden demokratischen Verfahren, als ein vollständiger Demokratiewandel im Sinne einer Cyberdemokratie in der Zukunft auszugehen.

In Zeiten einer Schuldenkrise in Europa ist auch eine handlungsfähige Bundesregierung notwendig, die nicht alle Entscheidungen in aufwendigen Verfahren vom Volk legitimieren lassen kann. Bürgerbeteiligung stellt auch immer für Politik einen Aufwand dar, Repräsen-

tation ermöglicht schnelleres Handeln. So ist auch zu erklären, dass sich nicht alle Parteien an dieser Studie mit Antworten beteiligt haben. Ausgehend von einer Öffnung der Parteien im Netz stellt sich auch die Frage, ob die Parteien in der Lage sind, fortlaufend eine kritische Masse an Bürgern zum Mitdiskutieren und Partizipieren zu animieren.

Da das Internet aber sehr praktische Vorzüge und Erleichterungen im Alltag ermöglicht und dabei eine Innovationsquelle für die Gesellschaft darstellt, besteht aber eine gute Chance, dass in Zukunft Verfahren wie zum Beispiel Bürgerbegehren auch online mit entsprechenden Authentifikationsmechanismen abgehalten werden können. Ein Wandel der politischen Kultur hin zu mehr Bürgerbeteiligung bleibt dabei wünschenswert, damit in Deutschland eine vielfältige und mehrheitsfähige Demokratie die Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft mit seinen Bürgern bewältigen kann.

Literatur

Avaaz (2012): Avaaz-Datenschutzrichtlinien, <http://www.avaaz.org/de/privacy.php> (Aufgerufen am 14.07.2012).

Bachfeld, Daniel / Carluccio, Dario / Wegener, Christoph (2011): Wer hat an der Uhr gedreht?; in: c't Magazin für Computer Technik, Heft 23, 2011, Heise Zeitschriftenverlag, Hannover.

Bell, Daniel (1976): Die nachindustrielle Gesellschaft; Campus-Verlag, Frankfurt am Main.

BMG – Bundesministerium für Gesundheit (2011): Übersicht der Glossar-begriffe zur elektronischen Gesundheitskarte, <http://www.bmg.bund.de/krankenversicherung/elektronische-gesundheitskarte/glossar-elektronische-gesundheitskarte.html#c14568> (Aufgerufen am 30.06.2012).

BMI – Bundesministerium des Innern (2012): Neuer Personalausweis, http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Sicherheit/PaesseAusweise/ePersonalausweis/ePersonalausweis_node.html (Aufgerufen am 01.06.2012).

BPB – Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Willkommen beim Wahl-O-Mat; Internet: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/45292/fakten-zum-wahl-o-mat> (Aufgerufen am 25.06.2012).

Brockhaus Enzyklopädie (1968): Brockhaus Enzyklopädie; In zwanzig Bänden, Band 4; F.A. Brockhaus, Wiesbaden.

BSI – Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (2010): Mit Sicherheit, BSI Jahresbericht 2010; BSI, Bonn.

BSI – Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (2012a): Sichere Plattformen und die Trusted Computing Group (TCG), https://www.bsi.bund.de/ContentBSI/Themen/Sichere_Plattformen/trustedcomputing/TrustedComputingGroup/dieTCG.html#risiken (Aufgerufen am 02.06.2012).

- BSI – Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (2012b): Gefahren und Risiken im Zusammenhang mit Cookies, https://www.bsi.bund.de/ContentBSI/Themen/Cyber-Sicherheit/ThemenCS/Sicherheitsvorfaelle/AktiveInhalte/definitionen/cookiesgefahren.html;jsessionid=6468B0DA8AC4BC6BB9F8025199E8F704.2_cid294 (Aufgerufen am 05.06.2012).
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Eigene Datenerhebung (2012): Telefoninterview am 11. Juni 2012 mit Robert Heinrich, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Bundesgeschäftsstelle.
- Bundestag (2012): Petitionen, Hilfe und Hinweise, <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=data> (Aufgerufen am 14.07.2012).
- Castells, Manuel (2002): Das Informationszeitalter, Teil 2: Die Macht der Identität, Leske und Budrich Verlag, Leverkusen.
- CDU – Christlich Demokratische Union (2012): Herzlich Willkommen bei CDUPlus!, <https://www.cduplus.cdu.de/> (Aufgerufen am 01.04.2012).
- CSU – Christlich Soziale Union (2012a): Ihre Vorteile Mitglied im CSUnet, <https://www.csu.de/csunset/registrieren.htm?EprSecureRedir=1> (Aufgerufen am 05.04.2012).
- CSU – Christlich Soziale Union (2012b): Anträge des CSUnet, <http://www.csu.de/csunset/antraege/index.htm> (Aufgerufen am 02.04.2012).
- CSU – Christlich Soziale Union (2012c): CSUnity, <https://www.csu.de/csunity/index.htm?EprSecureRedir=1> (Aufgerufen am 07.04.2012).
- CSU Eigene Datenerhebung (2012): Als Schreiben am 28. Juni 2012 per Email erhalten von Franziska Ferber, persönliche Referentin der stellvertretenden Generalsekretärin Dorothee Bär.
- Dahl, Robert (1989): Democracy and its Critics; New Haven, London.
- Degele, Nina (2000): Informiertes Wissen, Eine Wissenssoziologie der computerisierten Gesellschaft; Campus Verlag, Frankfurt am Main.
- DIE LINKE (2012): Linksaktiv.de: Für Weltverbesserer; <http://linksaktiv.de/linksaktiv/pg/expages/read/About/> (Aufgerufen am 27.03.2012).
- DIE LINKE Eigene Datenerhebung (2012): Als Schreiben am 3. Juli 2012 per Email erhalten von Mark Seibert, Bereich Bürgerinnendialog/Medien/Öffentlichkeitsarbeit.
- Döring, Nicola (2003): Sozialpsychologie des Internets; Hogrefe, Göttingen.
- Dornheim, Andreas; Greifenhagen, Sylvia (2003): Identität und politische Kultur; W. Kohlhammer GmbH + Co, Stuttgart.
- Emmer, Martin (2005): Politische Mobilisierung durch das Internet, Eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung zur Wirkung eines neuen Mediums; Verlag Reinhard Fischer, München.
- Erikson, Erik H. (1956/1966): Identität und Lebenszyklus; Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Erikson, Erik H. (1980): Identität und Lebenszyklus; Suhrkamp, Frankfurt am Main; (Original: New York 1959).
- FDP – Freie Demokratische Partei (2012a): Programmdebatte, <http://www.chancen-fuer-morgen.de/debatte/index.php?18> (Aufgerufen am 26.03.2012).
- FDP – Freie Demokratische Partei (2012b): Hilfe / FAQ, <http://www.chancen-fuer-morgen.de/aktuelles/hilfe-faq/> (Aufgerufen am 26.03.2012).

- FDP – Freie Demokratische Partei (2012c) Neues Grundsatzprogramm geht in die finale Phase, <http://www.chancen-fuer-morgen.de/aktuelles/neues-grundsatzprogramm-geht-in-die-finale-phase/#more-1184> (Aufgerufen am 26.03.2012).
- Giddens, Anthony (1979): Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften; Campus Verlag, Frankfurt am Main.
- Giddens, Anthony (1997): Die Konstitution der Gesellschaft; Campus Verlag, Frankfurt am Main.
- Greifenhagen, Martin; Greifenhagen, Sylvia (2002): Politische Kultur, in: Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland; Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates; Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Handelsblatt (2011): Wie anonym darf das Netz sein?, <http://www.handelsblatt.com/technologie/it-tk/it-internet/klarnamenpflicht-us-buergerrechtler-sehen-recht-auf-anonymes-bloggen/4476420-2.html> (Aufgerufen am 28.05.2012).
- Haußer, Karl (2002): Identität; in: Endruweit, Günter / Trommsdorff, Gisela: Wörterbuch der Soziologie; 218-220, Lucius & Lucius, Stuttgart.
- Heise (2005): Chinesischer Cyber-Dissident muss für fünf Jahre ins Gefängnis, <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Chinesischer-Cyber-Dissident-muss-fuer-fuenf-Jahre-ins-Gefaengnis-120398.html> (Aufgerufen am 01.06.2012).
- Heise (2006): Vorratsdatenspeicherung in Deutschland, <http://www.heise.de/tp/artikel/22/22057/1.html>; (Aufgerufen am 01.06.2012).
- Heise (2011a): Nutzer zeigen intelligenten Stromzählern die kalte Schulter, <http://www.heise.de/ct/meldung/Nutzer-zeigen-intelligenten-Stromzaehlern-die-kalte-Schulter-1370904.html> (Aufgerufen am 08.06.2012).
- Heise (2011b) Zweiter BSI-Entwurf für "Smart Meter" vorgelegt; <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Zweiter-BSI-Entwurf-fuer-Smart-Meter-vorgelegt-1215877.html> (Aufgerufen am 08.06.2012).
- Humer, Stephan (2008): Digitale Identitäten, Der Kern digitalen Handelns im Spannungsfeld von Imagination und Realität; CSW-Verlag, Winnenden.
- Kaase, Max (1992): Politische Beteiligung; in: M. G. Schmidt (Hrsg.): Die westlichen Länder; Lexikon der Politik, Band 3, 339-346; C. H. Beck, Frankfurt am Main.
- Kaye, Barbara; Johnson, Thomas J. (2002): Online and in the Know: Uses and Gratifications of the Web for Political Information; in: Journal of Broadcasting & Electronic Media 46 (1), 54-71.
- Kersting, Norbert; Schmitter, Philippe; Trechsel, Alexander (2008): Die Zukunft der Demokratie, <http://www.springerlink.com/content/k311044261pp2437/> (Aufgerufen am 25.06.2012).
- Kleinsteuber, Hans J.; Hagen, Martin (1997): Konzepte elektronischer Demokratie in den USA und Deutschland, Darstellung einiger Positionen und Erörterungen von Pro & Contra; Enquete-Kommission des deutschen Bundestages „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“; Bonn.
- Krappmann, Lothar (2002): Ich; in: Endruweit, Günter / Trommsdorff, Gisela: Wörterbuch der Soziologie; 218, Lucius & Lucius, Stuttgart.
- Kuri, Jürgen (2011): Das bringt der neue Personalausweis; in: c't kompakt Security 03/2011, Heise Verlag, Hannover.

Lemhöfer, Anne (2012): Das Ich im Netz; in: Publik Forum Nr. 6 2012; 26 -29; Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH, Oberursel.

McCall, G. J.; Simmons, J. L. (1966): Identities and Interactions; Free Press, New York.

Mead, George Herbert; (Hrsg.) Morris, Charles W. (1973): Geist, Identität und Gesellschaft; Suhrkamp, Frankfurt am Main; (Original: Mead George Herbert (1934): Mind, Self and Society; University of Chicago Press, Chicago).

Merkel, Wolfgang (2003): Defekte Demokratien; Bd. 1, Leske + Budrich, Opladen.

Netzpolitik (2012): Bundesdatenschutzbeauftragter gegen ACTA, <https://netzpolitik.org/2012/bundesdatenschutzbeauftragter-gegen-acta/> (Aufgerufen am 06.06.2012).

openPetition (2011): Neuer Personalausweis ab 01.08. auf openPetition nutzbar, <http://openpetition.de/blog/neuer-personalausweis/> (Aufgerufen am 14.07.2012).

Patzelt, Werner J. (2003): Einführung in die Politikwissenschaft; Grundriß des Faches und studiumbegleitende Orientierung; Richard Rothe, Passau.

Piratenpartei Eigene Datenerhebung (2012): Als Schreiben am 12. Juni 2012 per Email erhalten von Dee Kay, Koordinator der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung.

Rammert, Werner (2000): Technik aus soziologischer Perspektive; Bd.2, Westdeutscher Verlag, Opladen.

Rehmet, Frank (2010): Volksbegehrenbericht 2010, Mehr Demokratie e.V., http://www.mehrdemokratie.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/pdfarchiv/bund/2010-ranking-wahlrecht.pdf&t=1342290764&hash=9f0ecc65a4faae4673db13deff00e2aa (Aufgerufen am 12.07.2012).

Schmieder, Fabian (2010): Im Meer der tausend Klauseln, Das Kleingedruckte bei Twitter, Facebook & Co; in: c't 2010, Heft 20, Heise Zeitschriften Verlag, Hannover.

Schulz, Winfried (1997): Politische Kommunikation, Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung; Westdeutscher Verlag, Opladen.

SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands (2011): Informationspapier: Zusammenfassung Adhocracy Presse.pdf, Als Schreiben am 19. Juni 2012 per Email erhalten von Tobias Nehren, Leiter des Büros der stellvertretenden Parteivorsitzenden Aydan Özoguz.

SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands (2012a): Mitdenken, mitreden – mitgestalten, <http://www.spd.de/Partei/netzwerk/> (Aufgerufen am 17.03.2012).

SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands (2012b): AG Richtlinien 2010, <http://www.spd.de/spd-webapp/servlet/elementblob/465620/content> (Aufgerufen am 17.03.2012).

Spiegel-Online (2005): Amazon, Terror-Abwehr und der Staatsschutz, <http://spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,365663,00.html> (Aufgerufen am 01.06.2012).

Spiegel-Online (2009): USA drängen auf rigide Gesetze gegen Copyright-Piraterie, <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/netzwelt-ticker-usa-draengen-auf-rigide-gesetze-gegen-copyright-piraterie-a-659209.html> (Aufgerufen am 07.07.2012).

Spiegel-Online (2011a): Streit um Online-Anonymität, Opposition wettet gegen den Klarnamen-Minister, <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/streit-um-online-anonymitaet-opposition-wettet-gegen-den-klarnamen-minister-a-778858.html> (Aufgerufen am 28.05.2012).

- Spiegel-Online (2011b): Deutschland lahmt beim Netzausbau, <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/breitband-plaene-der-regierung-deutschland-lahmt-beim-netzausbau-a-802302.html> (Aufgerufen am 20.06.2012).
- Stekeler-Weithofer, Pirmin (1999): Artikel Identifizierung / Unterscheidung; in: Sandkühler, Hans-Jörg (Hg): Enzyklopädie Philosophie; Band 1, 601-603; Meiner, Hamburg.
- Stichweh, Rudolf (2000): Die Weltgesellschaft; Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- van Deth, Jan (2003): Vergleichende politische Partizipationsforschung; in: Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaft; 4. überarb. Auflage, 167-187, Leske+Budrich, Opladen.
- WB – WESTFALEN-BLATT (2012a): Schwarz-Gelb blamiert sich beim Meldegesetz, CSU soll Datenschutz im Parlament aufgeweicht haben – Merkel geht auf Distanz; Westfalenblatt vom 10. Juli 2012; WESTFALEN-BLATT Vereinigte Zeitungsverlage GmbH, Bielefeld.
- WB – WESTFALEN-BLATT (2012b): Kommando zurück, Meldegesetz fällt der Koalition auf die Füße – Seehofer wechselt schnell ins Protestlager; Westfalenblatt vom 10. Juli 2012; WESTFALEN-BLATT Vereinigte Zeitungsverlage GmbH, Bielefeld.
- Westholm, Hilmar (2003): Wandel der Formen politischer Partizipation und der Beitrag des Internet, Schlussfolgerungen aus Bevölkerungsbefragungen in Deutschland, http://epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_09_03.pdf (Aufgerufen am 25.06.2012).
- Willke, Helmut (2001): Systemisches Wissensmanagement; UTB/Lucius & Lucius, Stuttgart.
- Wobbe, Theresa (2000): Weltgesellschaft; Transcript Verlag, Bielefeld.
- Zeit, die (2012): EU-Parlament stoppt Acta endgültig, <http://www.zeit.de/digital/internet/2012-07/eu-parlament-lehnt-acta-ab> (Aufgerufen am 14.07.2012).
- Zillien, Nicole (2006): Digitale Ungleichheiten, Neue Technologien und alte Ungleichheiten in der Informations- und Wissensgesellschaft; Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Zittel, Thomas (2001): Elektronische Demokratie, Planskizze für eine Demokratie des 21. Jahrhunderts?; In: Neue Politische Literatur 46 (2, 433-470).